Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 630.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 106. Montag, den 7. Mai 1917. 24. Jahrg.

Die Aufgaben der Uebergangswirtschaft.

7. Die Auflösung des Hilfsdienstes und die Arbeitslosenfürsorge.

Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer setzt voraus, daß für sie Arbeitsplätze in der heimischen Volkswirtschaft freigemacht werden. Ihre früheren Plätze sind zum Teil von Jugendlichen, Frauen und älteren Leuten, zum Teil von Kriegsgefangenen und Ausländern besetzt worden. Die Kriegswirtschaft hat erhebliche Umgestaltungen der Betriebe gebracht und der vaterländische Hilfsdienst hat diesen durch Zwang verallgemeinert. Diese Kriegswirtschaft muß also desorganisiert und die alte Volkswirtschaft restauriert, dem früheren Stand nahe gebracht werden, ehe die Millionen von Heeresteilnehmern wieder in das Arbeitsgetriebe eingefügt werden können. Das wird natürlich nicht in vollem Maße gelingen, denn der lange Kriegszustand hat manche Grundlagen der alten Wirtschaft unwiederbringlich vernichtet und manches Neue entwickelt, das sich nicht wieder beseitigen läßt. Das wird sich auch durch eine noch so lange Uebergangswirtschaft nicht ändern lassen. Aber starke Eingriffe in die während des Krieges entstandenen Beschäftigungsverhältnisse sind unvermeidlich und damit werden sich die Betroffenen abfinden müssen, in dem Bewußtsein, daß jetzt erst einmal den Kriegsteilnehmern der Vorrang gebührt. Es ist eines der bedeutsamsten Wahrzeichen der Uebergangswirtschaft, daß auf dem Gebiete der Arbeiterfrage die heimische Arbeitspflicht des Hilfsdienstes abgelöst wird durch das wohlerworbene Recht auf Arbeit für unsere Krieger!

Am ehesten sind natürlich die Kriegsgefangenen auszuschalten. Sie werden mit Eintritt des Waffenstillstandes nach und nach der Landwirtschaft zugeführt und kehren nach Friedensschluß in ihre Heimat zurück. Da es sich um mehr als eine Million Gefangene handelt, ist die Wirkung auf den Arbeitsmarkt nicht zu unterschätzen. Ein Teil ist freilich schon jetzt in der Landwirtschaft tätig. Ins Gewicht fällt jedoch, daß die Rüstungsindustrie, die am meisten abrüsten muß, Gefangene nur in geringem Umfange mit nebensächlichen Arbeiten beschäftigt.

Größer ist die Zahl der in der deutschen Kriegswirtschaft freiwillig beschäftigten Ausländer. Der „Arbeitgeber" schätzt sie auf 2—2½ Millionen, ein großer Teil davon sind Polen, die im Jahre 1915 für die Rüstungsindustrien angeworben wurden. Sie werden nach Abschluß des Krieges wohl meist freiwillig heimkehren; ein Teil davon kann wohl auch in der Landwirtschaft beschäftigt werden, soweit diese augenblicklich Mangel an Arbeitskräften hat. Jedenfalls sollte aber rechtzeitig dafür Sorge getragen werden, daß die Zahl der einheimischen Arbeitslosen nicht durch Ausländer vermehrt wird. Unter den Bedingungen des Friedensschlusses wird es abhängen, ob für sie erweiterte Beschäftigung durch Erschließung von Siedelungsland geschaffen werden kann, oder ob sie bis zu wiederkehrendem Bedarf ihrer Heimat zuzuführen sind. Die Landwirtschaft wird zweifellos nachdem Kriege einen ungleich stärkeren Bedarf an ausländischen Arbeitskräften haben, als vorher. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, ob der Zuzug von Wanderarbeitern aus Rußland, Galizien und Kroatien nach dem Kriege wiederkehrt oder stocken wird. Die starken Menschenverluste des Krieges haben überall die überschüssige Arbeitskraft eingeschränkt, aber auch Kapitalmangel. Darniederliegen der heimischen Volkswirtschaft und soziales Elend werden große Binnenwanderungen veranlassen, und daran wird es vor allem in Polen, Rußland und Galizien schwerlich fehlen. Andererseits kann es gar nicht erwünscht sein, der deutschen Landwirtschaft ein Ueberangebot ausländischer Arbeitskräfte zu sichern, da sie dann noch weniger geneigt wäre, sich die heimischen Arbeiter durch zeitgemäßere Arbeitsbedingungen zu erhalten. Einer dauernden Ansiedlung ausländischer Arbeiter im Reiche widersprechen auch wichtige Rücksichten auf die künftige Landesverteidigung. Die ausländische Arbeiterfrage ist deshalb während der Uebergangswirtschaft mit der größten Zurückhaltung, nämlich der ausländischen Arbeitermassen vom deutschen Arbeitsmarkt, zu behandeln. Die Anwerbung von Ausländern, Kontraktarbeitern, ist überhaupt zu verbieten und die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften nur bei nachweislichem Mangel an geeigneten deutschen Arbeitern und unter bestimmten Bedingungen zu gestatten. Diese Bedingungen haben sich auf die Entlohnung der Ausländer und auf die Gewährleistung der gleichen Rechte, wie die deutsche Arbeiterschaft sie besitzt, zu erstrecken. Ueber die Zulassung im Einzelfall zu entscheiden, kann den Zentralauskunftsstellen überlassen werden, doch sind in jedem Falle die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter vorher gutachtlich zu hören.

Schwieriger als die Entfernung der Ausländer aus der heimischen Kriegswirtschaft gestaltet sich die Auflösung des Hilfsdienstes, in dem Millionen von Arbeitskräften jedes Geschlechts, Alters, Berufs und Standes tätig sind. Sie ist nicht ohne Störungen der Erwerbsverhältnisse durchzuführen, aber diese müssen in Kauf genommen werden, wenn die für den Hilfsdienst requirierten Betriebe ihrer früheren Bestimmung wiedergegeben werden sollen. Die Auflösung des Hilfsdienstes kann indes nach Bedarf geschehen, sowohl hinsichtlich der Freigabe der Betriebe, als auch der Arbeitskräfte. Von den Betrieben sind zunächst diejenigen freizugeben, die für die Uebergangswirtschaft notwendig sind. In zweiter Linie kommen die Betriebe an die Reihe, für die sich ein ausreichender Bedarf eingestellt hat und Rohstoffe vorhanden sind. Am längsten können solche Betriebe hilfsdienstmäßig bleiben, für deren Restauration die Vorbedingungen zu allerletzt gegeben sind.

Anders muß natürlich die Demobilisation der Hilfsdienstpflichtigen erfolgen. Es ist anzunehmen, daß die Hilfsdienstpflicht nicht erst am 30. Tage nach Friedensschluß erlischt, sondern daß schon zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß mit der teilweisen Ablegung der Hilfskräfte begonnen wird. Von diesen würden zunächst diejenigen vom Hilfsdienst zu befreien sein, die nachweislich für die Wiederaufnahme der Betriebe in der Uebergangswirtschaft gebraucht werden. Das würden im wesentlichen die gleichen Berufskategorien sein, die auch für die Demobilisierung des Heeres zuerst in Betracht kommen. Dann kommen solche Hilfsdienstpflichtige zur Ausmusterung, die keinem Erwerb nachzugehen brauchen, also von Arbeitslosigkeit nicht bedrückt werden. Danach kommen diejenigen Kriegerfrauen zur Entlassung, deren Männer bereits vom Heer entlassen und wieder in Stellung gebracht worden sind. Es folgen dann die Jugendlichen, die übrigen Frauen und zuletzt die Männer, für die in der Uebergangswirtschaft noch nicht unmittelbar Verwendung vorhanden ist. Eine allmähliche Auflösung des Hilfsdienstes ist schon aus Gründen der Weiterführung der öffentlichen Fürsorge notwendig, die die Kriegsfürsorge ersetzen muß. Auch die Durchführung der Uebergangswirtschaft selbst wird vieler Arbeitskräfte bedürfen. Nun wird es gewiß schwierig erscheinen, die Hilfsdienstbetriebe nach anderen Richtlinien zu behandeln als die Hilfsdienstpflichtigen. Es wird auch nicht zu vermeiden sein, bei Freigabe eines Betriebes auch das gesamte Personal zu entlassen. Es empfiehlt sich aber, den Hilfsdienst streng von der Uebergangswirtschaft zu trennen und entlassene Kriegsteilnehmer nicht in Hilfsdienstbetrieben unterzubringen, da die Beschäftigung in solchen doch nur vorübergehend ist. Andererseits kann den bei Auflösung eines Hilfsdienstbetriebes Entlassenen die Annahme einer anderen Hilfsdienststellung nicht verweigert werden, solange Angehörige ihrer Gruppe noch im Hilfsdienst tätig sein können.

Wenn bei der Arbeitsvermittlung der Kriegsteilnehmer im allgemeinen vor dem Daheimgebliebenen in Arbeit gebracht werden soll, so darf doch die Uebergangswirtschaft nicht darunter leiden, daß geeignete und verfügbare Arbeitskräfte, die dringend gebraucht werden, unbeschäftigt bleiben, weil die militärischen Entlassungen den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes nicht rasch genug folgen können. Das Ziel der Arbeitsvermittlung muß natürlich sein, möglichst bald alle Arbeiter und Angestellten wieder in Beschäftigung zu bringen. Hiervon ist aber eine wichtige Ausnahme nicht zu umgehen. Sie betrifft die weiblichen Arbeitskräfte, die in vielen Berufszweigen während der Kriegswirtschaft Eingang gefunden haben. Nun wird zwar ein stärkeres Bedürfnis nach Frauenerwerb auch nach dem Krieg sich geltend machen und auch viele Arbeitgeber werden die billigeren Frauenhände auf manchen Arbeitsplätzen bevorzugen. Ohne indes der künftigen Entwicklung der Frauenarbeit vorzugreifen, wird man doch für die Uebergangswirtschaft gewisse Einschränkungen für die Zulassung von Frauen nicht entbehren können. Eine Verminderung der während der Kriegswirtschaft und des Hilfsdienstes herangezogenen Arbeitskräfte ist unvermeidlich, wenn nicht Kriegsteilnehmer oder Familienväter arbeitslos bleiben sollen, und es bedarf keines Streites darüber, daß diese Ausschaltung zunächst die Frauen in solchen Berufen trifft, in denen sie nicht schon vor dem Kriege heimisch waren. Das mag nochmals zu Härten führen, aber Uebergangswirtschaft ist mit einem völlig freien Arbeitsmarkt nicht zu vereinbaren auch im Interesse der Arbeiterschaft. Indes wird es notwendig sein, daß vor der Entscheidung über diese Fragen die Wirtschaftsverbände der Arbeiter und Angestellten gutachtlich gehört werden.

Allen denjenigen Arbeitern und Angestellten, seien es Kriegsteilnehmer oder Daheimgebliebene, denen eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende und zum Lebensunterhalt ausreichende Erwerbsstellung nicht geboten werden kann, oder infolge der Auflösung des Hilfsdienstes arbeitslos werden, steht ein Anspruch auf öffentliche Arbeitslosenunterstützung zu. Hiervon sind solche auszunehmen, die nicht auf Arbeitserwerb angewiesen sind. Die Unterstützung muß einem gewissen Minimum, das zur Lebensfristung unentbehrlich ist, entsprechen und ist, gleich wie es während des Krieges geschah, von den Gemeinden auszuzahlen und diesen die hierfür gemachten Aufwendungen vom Reich zu vergüten. Eine Anrechnung von Gewerkschaftsunterstützungen oder sonstigen Zuwendungen darf höchstens bis zur Hälfte dieser Beträge stattfinden. Hinsichtlich der Anrechnung von teilweisem Arbeitsverdienst oder von Verdienst der Familienangehörigen hat der Bundesrat Vorschriften zu erlassen. Die Unterstützung währt so lange, als den Erwerbslosen nicht eine der vorgenannten Bedingungen entsprechende Beschäftigung nachgewiesen wird. Billigkeitsgründe sprechen dafür, daß den städtischen Arbeitslosen jüngeren Alters ein Ortswechsel, wie auch die Beschäftigung in einer verwandten Berufsart oder bei vorübergehenden öffentlichen Notstandsarbeiten zugemutet werden kann, auch eine sozial nachgeordnete Beschäftigung im gleichen Beruf ist längerer Erwerbslosigkeit auf Kosten öffentlicher Unterstützun vorzuziehen. Doch darf kein Zwang zur Annahme ungeeigneter Arbeit (etwa Landarbeit für Industriearbeiter) oder zur Arbeit unter tarifwidrigen Bedingungen ausgeübt werden.

Nicht scharf genug kann der Annahme entgegengetreten werden, daß es einer geldlichen Arbeitslosenunterstützung gar nicht bedürfe, wenn für die Arbeitslosen ausreichend Gelegenheit zu Landarbeit und zur Beschäftigung bei Siedlungsarbeit und Kolonisation von Heide und Moor geboten würde. Diese Auffassung übersieht nicht allein, daß nicht jeder für Land- und Kolonisationsarbeit geeignet ist, sondern läßt auch außer acht, daß ältere Arbeiter sich schwer aufs Land verpflanzen lassen. Auch hieße es, der Volkswirtschaft einen Teil ihrer gelernten Facharbeitskräfte entziehen, wollte man die Arbeiter solcher Berufe, für die in der Uebergangswirtschaft nicht sogleich Arbeit beschafft werden kann, lediglich um an Unterstützung zu sparen, ihren Berufen dauernd entfremden. Die Arbeitslosenunterstützung ist eine notwendige Ergänzung der Uebergangswirtschaft, wie sie eine solche Kriegswirtschaft war, und damit werden sich Reich, Staat und Gemeinden wohl oder übel abfinden müssen.

Fortdauer der Kämpfe im Westen.

Im Westen ist es am Sonnabend, nachdem tags vorher die vierte Schlacht bei Arras einen für die Engländer nicht günstigen Verlauf nahm, zu furchtbaren Kämpfen gekommen. Die deutschen Heeresberichte melden hierüber:

WTB. Großes Hauptquartier, 6. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Arras-Front wurden starke englische Vorstöße südlich von Lens, an der Scarpe und bei Queant zurückgeschlagen.

Südlich von Cambrai erlitt der Engländer bei einem für ihn erfolglosen, auf drei Kilometer durchgeführten Angriff zwischen Villers-Plouich und Gomelien erhebliche Verluste.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nachdem am 16. April der erste französische Durchbruchsversuch an der Aisne gescheitert war, bereitete der Feind mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln einen neuen Angriff vor, mit dem er sein weitgehendes Ziel zu erreichen hoffte. Die abgekämpften Divisionen wurden durch frische ersetzt, neue Reserven herangeführt. Das Artillerie- und Minenfeuer steigerte sich von Tag zu Tag und erreichte schließlich aus allen Kalibern die bisher größte Kraftentfaltung. Die Angriffe am 4. Mai nördlich von Reims und in der Champagne waren die Vorläufer des neuen Durchbruchsversuches, der gestern morgen zwischen der Ailette und Craonne auf einer Front von 35 Kilometern einsetzte.

In schwerem Ringen, das bis in die späte Nacht hinein andauerte, ist er vereitelt, der Riesenstoß im ganzen abgeschlagen. Die Angriffe, die gegen die im Nahkampf von unserer heldenmütigen Infanterie gehaltenen oder im Gegenstoß zurückeroberten Linien geführt wurden, scheiterten zum Teil schon in unserem gutgeleiteten Artilleriefeuer.

An einzelnen Stellen wird noch um den Besitz unseres vorderen Grabens gekämpft. Oestlich der Royere Ferme liegen wir auf dem Nordhang des Chemin des Dames. Mit besonderer Heftigkeit stürmten die Franzosen, wie auch bereits am 4. Mai, ohne Rücksicht auf ihre außerordentlichen Verluste, gegen den Winterberg vor, auf dem unsere Stellungen durch zusammengefaßtes Feuer schwerster Kaliber vollkommen zerschossen waren. Die Höhe mit dem an ihrem Hang liegenden Dorf Cheveux blieb im Besitz des Feindes. Mehrere hundert Gefangene sind eingebracht.

Weitere Angriffe sind zu erwarten.

Heute morgen griff der Feind die Höhe 100 östlich von La Neuville erneut an. Der Angriff wurde abgeschlagen.

In der Champagne südwestlich von Nauroy blieben mehrere Vorstöße der Franzosen ohne Erfolg. Die am 4. Mai dort eingebrachten Gefangenen haben sich auf 672 Mann, die Beute auf 20 Maschinengewehre und 50 Schnelladegewehre erhöht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

*

Im Luftkampf und durch Abwehrfeuer verlor der Feind 14 Flugzeuge. Zwei Ballons sind abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Ueber Odessa war gestern das erste deutsche Flugzeug.

Mazedonische Front.

Das lebhafte Artilleriefeuer im Cernabogen hält an und liegt besonders heftig auf unseren Stellungen bei Paralona.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

WTB. Berlin, 6. Mai, abends. (Amtlich.)

Nach ihrer gestrigen schweren Niederlage an der Aisne haben die Franzosen die Angriffe bisher nicht wiederholt. Nur am Winterberg (westlich Craonnes) sind neue Kämpfe im Gange.

Entgegen dem heutigen Heeresbericht war Chevreux nicht von den Franzosen genommen und ist nach wie vor fest in unserer Hand.

Hierzu wird erläuternd geschrieben:

Nach einer mit ungeheurem Munitionsaufwand tage- und nächtelang durchgeführten Feuervorbereitung, die sich zuletzt zum schwersten Zermalmungsfeuer steigerte, warf der Franzose am 5. vormittags seine Sturmmassen in Stärke von mehreren Armeekorps gegen den Höhenzug Chemin des Dames vor. Eine ungewöhnlich starke Vergasung der deutschen Stellungen unterstützte das Granatfeuer. Zahlreiche Tankgeschwader wurden durch den Schleier von Rauch und Qualm den Angriffswellen vorausgeschickt. Am Vormittag war der Kampf an und auf dem Höhenzuge Chemin des Dames in seiner ganzen Ausdehnung auf einer Breite von 35 Kilometern zwischen Vauxaillon und Craonne entbrannt. Die Gegend um Vauxaillon, wo Kolonialtruppen vorgeschickt wurden, Bois-de-Mennejean, Royere-Ferme auf dem Westflügel der Kampffront und der Winterberg auf dem Ostflügel waren die Brennpunkte des erbitterten, pausenlosen Ringens. Im ersten Sturmanprall vermochten die Franzosen in unseren vom Granatfeuer zermalmten vordersten Stellungen Vorteile zu erringen, die ihnen indessen im Verlauf der Schlacht durch unsere zu Gegenangriffen übergehenden Truppen fast sämtlich wieder in Nahkämpfen von größter Erbitterung entrissen wurden. Auf dem Höhenzug Chemin des Dames gelegenen Royere-Ferme und Malval-Ferme waren in hin- und herwogenden Kämpfen an die Franzosen verloren gegangen, wurden aber später wieder zurückerobert. Bei der Malval-Ferme wurden die Franzosen in starkem Gegenstoß, mit dem Regimentsführer des dortigen Regiments an der Spitze, unter schwersten Verlusten geworfen. Die östlich davon anschließenden Stellungen beim Dorfe Courtecon wurden von uns restlos gehalten. Trotz verzweifelter Bemühungen und dem Einsatz immer neuer Reserven, die an die Stelle der zusammengeschossenen Sturmhaufen traten, vermochten die Franzosen die errungenen Anfangserfolge nur an ganz vereinzelten Stellen zu behaupten. So blieb die durch das französische konzentrische Feuer vollkommen zermalmte Kuppe des Winterberges in französischem Besitz, wogegen das Dorf Chevreux fest in unserer Hand ist. Die Verluste der Franzosen bei diesem im ganzen erfolglosen Unternehmen sind noch schwerer als ihre Verluste bei dem mißglückten Durchbruchsversuch am 16. April. Hunderte von Gefangenen blieben an vielen Stellen in unserer Hand. Bei Abwehr und Gegenstoß war die Haltung unserer Truppen über jedes Lob erhaben.

Auf dem nordwärts gebogenen Flügel der Angriffsfront blieb das Feuer am Abend und in der Nacht weiter lebhaft. Gegen den Abschnitt Vauxaillon-Bois-de-Buleux und gegen die ganze Südfront setzte der Gegner auch nachts seine Angriffe fort. Auch unsere Infanterie war in der Nacht lebhaft tätig und unternahm verschiedene Gegenangriffe.

Die Absicht der Franzosen, den Höhenzug Chemin des Dames mit stürmender Hand zu nehmen und die deutsche Front an dieser Stelle zu erschüttern und zu durchbrechen, ist trotz eines unerhörten Aufwands von Munition und des Einsatzes eines Riesenheeres vollständig gescheitert.

In der Champagne starkes Feuer. Alle Angriffe der Franzosen in diesem Abschnitt wurden zurückgeschlagen.

Die gegnerischen Heeresberichte besagen:

Französischer Bericht vom 5. Mai, nachmittags. Südlich der Oise scheiterten feindliche Versuche gegen unsere kleinen Posten am Südwestrande des Hochwaldes von Coucy in unserem Sperrfeuer. Am Chemin des Dames große Tätigkeit der Artillerie auf der Front Brune en Laonnois—Hurtebise. Im Laufe der Nacht machten die Deutschen nördlich der Aisne heftige Gegenangriffe gegen das Dorf Craonne und gegen die gestern von uns eroberten Stellungen. Alle Anstrengungen des Feindes brachen an dem Widerstande unserer Infanterie. Unser Maschinengewehr- und Artilleriefeuer fügte den Angreifern, die an keinem Punkte an unsere Linien herankommen konnten, sehr schwere Verluste zu. Die Zahl der von uns in dieser Gegend gemachten Gefangenen erreichte 225, darunter 9 Offiziere, von denen einer der Bataillonskommandeur und einer ein Artilleriebeobachtungsoffizier ist. Südlich von Berry au Bac wurden die Deutschen, die gestern abend durch starke Gegenangriffe unsere Stellungen östlich der Höhe 108 zu nehmen versuchten, nach lebhaftem Kampf zurückgeworfen. Unsere Linien wurden vollständig gehalten. Nach neuen Meldungen versuchte der Feind nordwestlich von Reims infolge unseres gestrigen Angriffs heftige Gegenunternehmungen mit Infanterie. Der Kampf war ganz besonders erbittert. Unsere Truppen wiesen die mit großen Beständen geführten heftigen Gegenangriffe wiederholt zurück. Abends versuchten erhebliche deutsche Reserven, die aus Aguilcourt kamen und in die Schlacht geworfen wurden, erfolglos eine mächtige Anstrengung. Unsere schweren und Feldbatterien brachen den Angriff, der dem Feinde hohe Verluste kostete. Wir stellten auf diesem Teil der Front zwei neue Divisionen fest. Die Gefangenen, die wir seit gestern gemacht haben, betragen, soweit wir diese Zahl bisher festgestellt haben, 700, abgesehen von den an anderer Stelle erwähnten 225. In der Champagne begann gestern gegen Abend in der Gegend des Bernstein-Berges nach heftigem Artilleriekampf eine heftige Schlacht. Wir rückten östlich dieses Berges und auf den Nordabhängen des „Blonden Berges" vor. Mehrere Versuche des Feindes, die mit der Erbitterung von zwei frischen Divisionen angehörenden Truppen, die alle erst kürzlich an dieser Front eingerückt waren, unternommen wurden, wurden durch unser Feuer angehalten. 100 Gefangene, darunter ein Offizier, blieben in unserer Hand, was die Gesamtsumme der gestern gemachten Gefangenen auf über 1000 bringt. Zwischen Auberive und Navarin erzielten vier feindliche Handstreiche kein Ergebnis.

Abends: Heute abend haben sich unsere Operationen in Verbindung mit denen der englischen Armeen in der Gegend nordöstlich von Soissons und vom Chemin des Dames weiter entwickelt. Trotz erbitterten Widerstandes der Deutschen, die bedeutende Truppenmassen in den Kampf geworfen haben, haben unsere Truppen sehr glänzende Erfolge in einer Front von ungefähr sechs Kilometern erzielt, einerseits auf der Linie Geboudet-Noisy-Moulin-Laffaux, andererseits östlich von Moulin, wo wir unsere Linien bis dicht an die Straße Soissons—Laon gebracht haben. Nördlich von Ancy-le-Franc und von Samer erlitt der Feind außergewöhnlich schwere Verluste. Wiederholte Gegenangriffe in dieser Gegend brachen im Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammen. Deutsche Kolonnen wurden im Marsch gegen Chavignon-Chermery beobachtet. Unser Angriff hat auf der ganzen Front östlich Cerny-en-Laonnois bis östlich von Craonne den Sitz des feindlichen Widerstandes und seiner Gegenangriffe, bemächtigt. Die Zahl der während des Tages gezählten Gefangenen übersteigt augenblicklich 4300, zu denen tausend der gestern gemachten Gefangenen hinzukommen.

Englischer Bericht vom 5. Mai, nachmittags. Erfolgreiche Streife nordwestlich von St. Quentin, Fortschritte nördlich Havrincourt und nächst Fresnoy. Der Feind machte drei erfolglose Streifen gegen unsere neuen Stellungen an der Hindenburg-Linie. Feindliche Streifabteilungen wurden bei Messines zurückgetrieben.

Schüsse in den Straßen Petersburgs

Miljukows Haltung in der Frage der Kriegsziele hat, wie bereits am Sonnabend berichtet, zu einem Konflikt zwischen der Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat geführt, in dessen Verlauf letzterer Sieger geblieben ist. Miljukow muß sich selbst berichtigen. Das geschieht in folgender von der Petersburger Telegraphenagentur verbreiteten Meldung:

„Angesichts entstandener Zweifel über die Auslassung der Note des Ministers des Auswärtigen, welche die Mitteilung der Erklärung der einstweiligen Regierung vom 9. April über die Kriegsziele an die Regierungen der Alliierten begleitete, hält die einstweilige Regierung es für nötig, folgendes zu erklären:

1. Die Note ist Gegenstand langer und eingehender Prüfung durch die einstweilige Regierung gewesen und einstimmig gebilligt worden.

2. Es ist klar, daß diese Note, wenn sie von einem entscheidenden Siege spricht, die Lösung der in der Erklärung vom 9. April bezeichneten Fragen im Auge hat, welche in folgenden Worten umschrieben waren: „Die Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, schon heute zu erklären, daß die Ziele des freien Rußlands nicht auf die Beherrschung anderer Völker oder auf Eroberungen ihres Besitzstandes, noch auf die Besitznahme fremder Gebiete gehen, sondern auf die Sicherung eines dauerhaften Friedens, auf der Grundlage einer freien Entwicklung der Völker. Das russische Volk sucht seine äußere Machtstellung nicht auf Kosten anderer Völker zu verstärken und bezweckt niemandes Unterjochung oder Erniedrigung." Im Namen der erhabensten Grundsätze der Gerechtigkeit hat das russische Volk die Kette zerbrochen, die das polnische Volk fesselten. Aber es wird nicht dulden, daß sein Vaterland erniedrigt oder an seinen zum Leben nötigen Kräften geschädigt aus dem großen Kampfe hervorgeht.

3. Unter der Bezeichnung „Festsetzung der Bürgschaften" (Sanction des garanties) für einen dauernden Frieden, verstand die zeitweilige Regierung eine Beschränkung der Rüstungen und internationale Gerichtshöfe usw.

Die Erklärung wird den Botschaften der alliierten Länder durch den Minister des Aeußern mitgeteilt werden."

Auf Grundlage dieser Note ist es zu einer Verständigung gekommen, wie folgende Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur besagt: Um fünf Uhr nachmittags übermittelte die provisorische Regierung dem ausführenden Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates den Wortlaut der Mitteilung, die sie als Erklärung zu ihrer Note vom 1. Mai, die so schwere Unruhen hervorgerufen hat, zu veröffentlichen beschloß. Infolge dieser Mitteilung beschloß der ausführende Ausschuß mit 34 gegen 19 Stimmen die Erklärungen der Regierung als ihn befriedigend und den Zwischenfall damit als abgeschlossen anzusehen.

Vorher hatte Miljukow den versammelten Massen eine Rede gehalten, in der er sich gegen einen Sonderfrieden aussprach; von den seinerseits einem Korrespondenten der „Manchester Guardian" gegenüber geäußerten Kriegszielen, die in dem Besitz des Bosporus und der Dardanellen und der Aufteilung Österreichs gipfelten, sagte er natürlich nichts.

Der Konflikt zwischen Regierung und Arbeitern ist auch auf die Straße hinausgetragen worden und hat dort zu blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern Miljukows geführt. Die Petersburger Telegraphenagentur berichtet hierüber: „Der Ausführende Ausschuß des Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten trat von neuem zusammen, um über seine Haltung betreffend die Note der vorläufigen Regierung an die Alliierten zu beschließen. Während der Sitzung wurde der Ausschuß benachrichtigt, daß zahlreiche Arbeiter einiger Werkstätten und Fabriken in den Vorstädten die Arbeit verlassen und zum Mittelpunkt der Stadt marschierten mit Bannern, auf denen der Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Fast sogleich bildete sich eine eindrucksvolle Gegenkundgebung zugunsten der vorläufigen Regierung und zog den der Regierung feindlichen Manifestanten entgegen. Die Regierungsanhänger begannen die Gegenpartei, in der sich einige Dutzend mit Gewehren bewaffnete Arbeiter befanden, zu ermahnen, die vorläufige Regierung zu unterstützen. Während der Unterhandlungen schickten sich einige der ungestümsten Regierungsanhänger an, die Fahnen mit den Inschriften „Nieder die Regierung!" herabzureißen, was seitens der erwähnten bewaffneten Arbeiter Schüsse hervorrief, denen einige Personen zum Opfer fielen. Der Ausführende Ausschuß schickte sofort seine Vertreter in die Stadt, um weiteren Zusammenstößen vorzubeugen und die Manifestanten beider Parteien aufzufordern, geduldig den Ausgang der Verhandlungen zwischen der vorläufigen Regierung und dem Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten abzuwarten."

Miljukows Stellung ist nach allen diesen Vorgängen unhaltbar geworden; er soll nur sein Bündel schnüren.

Vom Tage.

Die Vereinigten Staaten haben nach mehreren Meldungen jetzt insofern aktiv in den Krieg eingegriffen, als sie ihre Flotte zum Kampf gegen die deutschen Uboote ausgeschickt haben. Wenn ihr das nur nicht schlecht bekommt.

*

Als eine Gemeinheit sondergleichen muß es bezeichnet werden, wenn auch im Kriege der eine Gegner über den anderen bewußt unwahre Nachrichten über Greueltaten usw. verbreitet. Den Gipfel aller Gemeinheit aber hat — vorausgesetzt daß die Meldung zutrifft — Lord Cecil erreicht. Auf die Anfrage des Abgeordneten Dillon im englischen Unterhause, ob die Regierung Grund zu der Annahme habe, daß die Nachricht die deutsche Regierung ziehe Fett aus Soldatenleichen, auf Tatsachen beruhe, erklärte Lord Cecil, die Regierung habe darüber keine weiteren Informationen als die in der Tagespresse erschienenen Auszüge aus deutschen Zeitungen. Aber die fraglichen Anklagen gegen die deutschen Militärbehörden enthielten angesichts anderer Handlungen derselben nichts Unglaubwürdiges. Daher habe die Regierung die Verbreitung von Tatsachen durch die üblichen Kanäle zugelassen. Dillon erwiderte, ob sich die Regierung bewußt sei, daß ohne das Vorliegen sicherer Wahrheitsbeweise die Verbreitung der durch die Minister autorisierten Angaben nicht nur ein großer Skandal, sondern ein schweres Unrecht sei, wenn diese, wie er überzeugt wäre, absolut falsch seien. Eine weitere eindringliche Forderung Dillons, die Regierung möge die Wahrheit ergründen, wurde von Cecil als unvernünftig abgefertigt. Der Hinweis des Abgeordneten Outhwaite, daß die fraglichen Gerüchte manchen Briten, die Söhne auf den Schlachtfeldern verloren hätten, schweren Kummer bereiteten, und die Regierung daher die Pflicht habe, die Wahrheit festzustellen, wurde keiner Antwort gewürdigt.

Man würde dem Lord Cecil ja viel Ehre antun, wenn man näher auf seine Verleumdungen eingehen würde.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

Wien, 6. Mai. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Heute nacht gelang es unseren Patrouillen, nächst Görz in einen feindlichen Graben einzudringen und dessen Besatzung, einen Offizier und 40 Mann, gefangenzunehmen. Sonst keine besonderen Vorfälle.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Rußland.

Einberufung der Reichsduma.

Die Duma wird zum ersten Male seit der Revolution zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen.

Der Seekrieg.

Die U-Boot-Beute im April.

WTB. Berlin, 6. Mai. (Amtlich.) Die bisher über die Ergebnisse unserer Sperrgebiets-Erklärung im Monat April eingelaufenen Meldungen haben mit dem 6. Mai die Summe von einer Million Brutto-Register-Tonnen an Schiffsversenkungen überschritten.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

WTB. Berlin, 5. Mai. (Amtlich.) Sieben Dampfer und fünf Segler mit 32 500 Brutto-Register-Tonnen wurden versenkt, davon 10 Schiffe im englischen Kanal.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die amerikanische Flotte naht!

Aus Washington wird gemeldet: Die amerikanische Flotte ist ausgelaufen, um den Kampf gegen die Uboote zu beginnen. Der Marineminister erklärte, die Regierung begreife sehr wohl, wie ernst die U-Boot-Gefahr sei.

Nach einer Meldung des „Matin" nähern sich amerikanische Kriegsschiffe den europäischen Gewässern.

*

Deutsche Minen und Tauchboote im Indischen Ozean.

„Handelsblad" entnimmt eingetroffenen holländisch-indischen Zeitungen, daß nach einem Bericht aus Batavia „Perseus" von der Ozeanlinie sechs Stunden von Labang torpediert wurde.

Nach einem anderen Bericht streute ein deutsches Schiff im Indischen Ozean, namentlich in der Gegend von Colombo, Minen. Das konnte man auch daraus schließen, daß die Lichter in der Straße von Malakka und auf Mauritius ausgelöscht wurden. Die holländischen Schiffe erhielten in Rücksicht auf die Minengefahr die Warnung, sich zwölf Seemeilen von dem Diamant-Punkt entfernt zu halten. In der Nähe von Lho Seumaweh wurden eine oder mehrere Minen angespült.

*

Die englischen Seeleute

weigern sich in immer größerer Zahl, jetzt auszufahren. Die Regierung will nun die Dampfer stärker bewaffnen lassen. Viel nützen wird das auch wohl nicht.

*

Die Schiffahrt im nördlichen Eismeer

ist infolge der deutschen U-Boot-Tätigkeit unmöglich gemacht worden. Es fahren keine Schiffe mehr nach den russischen Häfen.

*

Englischer Zerstörer gesunken.

Die englische Admiralität teilt mit: Ein Zerstörer alten Typs stieß am Mittwoch im Kanal auf eine Miene und sank. 1 Offizier und 61 Mann werden vermißt.

Allerlei Kriegsnachrichten.

In Mexiko

ist der dortige Kriegsminister Obregon zurückgetreten. Wie es heißt, beabsichtigt er, Carranza zu stürzen und sich an die Spitze einer Expedition gegen die Vereinigten Staaten zu stellen.

*

Der brasilianische Gesandte

in Berlin ist nach der Schweiz abgereist.

*

Neue Gegner.

Bolivia hat nun auch die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen und Haiti wird vielleicht bald folgen, nachdem der dortige Präsident in einer Botschaft das Parlament aufgefordert, Deutschland den Krieg zu erklären.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Fortsetzung der Heeresdebatte.

Im Reichstag erklärte am Sonnabend die Regierung zunächst, daß sie die beiden Interpellationen über Elsaß-Lothringen im Laufe der nächsten beiden Wochen beantworten wolle.

Die Fortsetzung der Militärdebatte brachte zunächst eine Rede des Fortschrittlers Dr. Haas, der als Offizier dem

Warschauer Generalgouvernement angehört. Wenn sogar dieser mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnete Offizier in den ernstesten Worten sehr vieles an der Behandlung der Mannschaften zu tadeln fand, so will das viel sagen. Oberst von Wriesberg ging noch auf eine Reihe Beschwerden ein, die Genosse Schöpflin tags zuvor vorgebracht hatte und versicherte den Soldaten draußen, daß die Heeresverwaltung ein warmes Herz für jeden von ihnen habe. Der Konservative Boehn benutzte die Gelegenheit, um bei Besprechung der Streiks der Regierung sein Mißtrauen für ihre nicht genug scharfmacherische Politik auszusprechen und von den Äußerungen Gröners eine Beendigung dieser Politik zu erwarten. Der Nationalliberale Held hatte, ebenso wie der bayrische Zentrumsmann Sir gleichfalls über die Behandlung der Soldaten zu klagen, wenn auch der letztere immer unter der anheimelnden Anrede an den Reichstag: „Meine lieben Freunde!" hervorhob, daß diese Klagen auf Bayern im allgemeinen nicht zutreffen. Auch der Reichsschatzsekretär Graf Roedern nahm das Wort, um auszuführen, was die Mehrleistungen für die Mannschaft und für die Familienunterstützungen gekostet haben, ohne sich aber gegen eine Erhöhung der Mannschaftslöhnung, wenn sie der Reichstag fordern sollte, grundsätzlich auszusprechen. Einige Vertreter des Kriegsministeriums sprachen über heereswirtschaftliche Angelegenheiten. Nachdem Herr Mercin von der Deutschen Fraktion die Munitionsstreiks nicht nur bedauert, sondern auch in den schärfsten Worten verurteilt hatte, hielt Dr. Cohn von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine Rede, die in sehr eingehender Kritik die Ablehnung des Gehalts für den Kriegsminister begründete und für die Einsetzung des von der Kommission abgelehnten Überwachungsausschusses für die Kriegsführung eintrat. Dr. Cohn erläuterte diesen Antrag dahin, daß er nicht eine strategische Kontrollinstanz für den Generalstab sein solle, sondern den Einfluß des Volkes auf die Zustände im Heere und auf wichtige kriegspolitische Entscheidungen sicherstellen solle. Einen größen Teil seiner Ausführungen widmete Dr. Cohn einer Würdigung der Streiks und einer sehr gründlichen Polemik gegen die Auffassung, die in den Groenerschen Kundgebungen und in den Dreitausend-Mark-Prämien des Oberkommandos in den Marken zum Ausdruck gekommen ist.

Diese Bemerkungen und einige weitere über die Schuldfrage am Kriege und über das Verhältnis des Reichskanzlers zur obersten Heeresleitung veranlaßten den Staatssekretär Dr. Helfferich zu einer ziemlich erregten Erwiderung, die mehrfach wiederholte, daß die Rede Dr. Cohns der deutschen Sache im Auslande und dem Verteidigungskrieg schaden müsse. Auch gegen die Streiks und gegen die Haltung der Arbeitsgemeinschaft dazu gebrauchte der Vizekanzler starke Worte.

Nachdem noch General Groener die jetzt noch verbreiteten Streikflugblätter der Arbeitsgemeinschaft an die Rockschöße gehängt und Kriegsminister von Stein einem Clausewitzzitat Dr. Cohns ein anderes Clausewitzzitat gegenübergestellt hatte, wurde die Beratung auf Montag vertagt.

Die Aufhebung der Gesindeordnung im Petitionsausschuß des Reichstages.

Eine Eingabe des Zentralverbandes der Hausangestellten, Sitz Berlin, kam in der Freitagsitzung zur Sprache. Der Referent Brey (Soz.) erinnerte daran, daß der Reichstag und die Petitionskommission wiederholt die Reform des Gesinderechts gefordert hätten, aber beim Bundesrat auf Ablehnung gestoßen seien. Es entspann sich eine längere Debatte darüber, ob die Reichsgesetzgebung zuständig sei, was von den Sozialdemokraten entschieden bejaht wurde. Die Aussprache wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Verschärfung der Disziplin in Kriegsbetrieben.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung über die bei Behörden oder in kriegswirtschaftlichen Organisationen beschäftigten Personen verabschiedet. Diese Personen versehen vielfach ähnliche Obliegenheiten wie Beamte, unterliegen aber nach den bisherigen Vorschriften weder den Bestimmungen des Disziplinarrechtes, noch den Vorschriften des Strafgesetzbuches, gegen die Verletzung von Amtspflichten. Die neue Verordnung füllt diese Lücke aus, indem sie Pflichtwidrigkeiten der Angestellten, die zur gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag verpflichtet sind, mit ähnlichen Strafen bedroht wie Amtsdelikte. Daneben sind Strafvorschriften vorgesehen, die sich gegen die mißbräuchliche Weitergabe und Verwertung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen richten.

Eine weitere Verordnung befaßt sich mit dem Rechtsschutz der Hilfsdienstpflichtigen. Sie läßt zugunsten der Personen, die auf Grund besonderer schriftlicher Aufforderungen oder Ueberweisung im vaterländischen Hilfsdienst verwendet werden, prozessuale Vergünstigungen, insbesondere richterliche Zahlungs- und Einstellungsfristen, in dem gleichen Umfange zu wie bei Angehörigen immobiler Truppenteile.

Der Verfassungsausschuß

trat am Freitag, wie schon kurz berichtet, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Welche Bedeutung die Regierung den Verhandlungen dieses Ausschusses beimißt, und mit Recht beimessen muß, zeigt wohl die Tatsache, daß mit dem Staatssekretär Dr. Helfferich an der Spitze etwa 20 Vertreter der Verbündeten Regierungen erschienen sind. Für den gemeinsamen Antrag des Zentrums und der liberalen Parteien ist eine große Mehrheit vorhanden. Die Konservativen versuchten es deshalb sofort mit der Obstruktion, geführt von so bewährten Kräften wie Westarp und Kreth.

Der Vorsitzende, Abg. Scheidemann, bemerkt einleitend, der Beschluß des Reichstages, einen Verfassungsausschuß einzusetzen, hat im deutschen Volke den freudigsten Widerhall gefunden. Weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus hat der Beschluß des Reichstages Aufsehen erregt und großen Eindruck gemacht. Wir wollen in dem Bestreben an die Arbeit gehen, im Interesse und zum Wohle des deutschen Volkes Gutes möglichst schnell zu leisten.

Zunächst befaßte man sich mit der Aufstellung eines Arbeitsplanes. Der Vorsitzende schlug vor, mit der Wahlrechtsfrage zu beginnen. — Dem trat Abg. Gröber entgegen mit dem Vorschlage, zunächst die vom Zentrum und Liberalen gemeinsam eingebrachten Anträge zu beraten, für die offenbar eine große Mehrheit vorhanden sei. Hauptsache muß sein, daß rasch etwas zustande kommt. — In der längeren Debatte, die sich nun entspann, erklärte sich Abg. Dr. David mit dem Vorschlage Gröbers einverstanden, weil es in der Tat darauf ankomme, rasch greifbare Resultate zu erzielen.

Abg. Graf Westarp bestreitet, daß der Ausschuß berechtigt ist, Anträge zu beraten, die ihm nicht durch das Plenum überwiesen sind. Im andern Falle würde eine Einrichtung geschaffen, die mit unseren verfassungsmäßigen Zuständen nicht in Einklang zu bringen ist. — Abg. Schiffer (natlib.) erinnert an die Steuerkommissionen, die auch Anträge beraten haben, ohne daß die Konservativen Bedenken dagegen erhoben. — Abg. Kreth verlangt, daß die Oeffentlichkeit erst Gelegenheit haben müsse, sich zu so weitgehenden Anträgen zu äußern. — Abg. Ledebour wendet sich gegen die Ansicht mit dem Hinweis darauf, daß die Anträge der Oeffentlichkeit schon bekannt sind.

Der Ausschuß beschließt zunächst, den Sammelantrag der bürgerlichen Parteien in Verbindung mit den einschlägigen Teilen des Antrages der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu beraten und dann die Frage der Wahlkreiseinteilung zu behandeln.

Abg. Gröber bespricht nun die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Der Kanzler müsse dem Reichstage gegenüber Rede und Antwort stehen. Die Verfassung habe aber nicht den Weg festgelegt, auf dem dieses Ziel praktisch unter allen Umständen erreicht werden kann. Der Antrag will eigentlich nichts Neues schaffen, sondern nur festlegen, daß auch die Staatssekretäre dem Reichstage verantwortlich sind für die Handlungen der Reichsregierung, die von ihnen gezeichnet sind. Der Weg muß in einer besonderen Vorlage festgestellt werden, auf dem die Verantwortlichen vom Reichstage zur Rechenschaft gezogen werden können. Ob man dabei zur Errichtung eines selbständigen Staatsgerichtshofes kommt, oder ob man einen solchen Gerichtshof dem Reichsgericht angliedert, ist eine Frage, die sich aus der Praxis ergeben wird. — Abg. Heine erklärt, diese Anträge befriedigen uns nicht voll. Wir wünschen ein verantwortliches Ministerkollegium und erblicken in den vorliegenden Anträgen nur den ersten Schritt zu diesem Ziel.

Es ist folgender Antrag der Soz. Arbeitsgemeinschaft eingelaufen:

Artikel 15 der Verfassung, Absatz 1 erhält folgenden Zusatz: Der Reichskanzler ist zu entlassen wenn der Reichstag es durch Mehrheitsbeschluß fordert.

Abg. Junck (natl.) findet, daß die Anträge nichts Neues bringen; sie umschreiben nur die bestehende Verantwortlichkeit des Kanzlers deutlicher. Besser wäre es, auch die Verantwortlichkeit gegenüber dem Bundesrat festzulegen. Die Frage der Errichtung eines Staatsgerichtshofes müsse weiter gezogen werden; man könnte ihm z. B. auch die Prüfung der Wahlen übertragen. Am besten sei eine Angliederung an das Reichsgericht.

Abg. Haase begründet den Antrag, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag es fordert. Mit der Annahme von Resolutionen erreicht man nichts.

Die Konservativen beantragen, die Verantwortlichkeit auch festzulegen gegenüber dem Kaiser und dem Bundesrat.

Abg. Graf Westarp: Dem Anscheine nach laufen die Anträge auf eine politische Demonstration hinaus. Der Antrag solle offenbar nur eine Auslegung des Artikels 17 der Reichsverfassung sein. Die Ausdehnung der Verantwortlichkeit auf die Stellvertreter gehe in dieser Form zu weit. Praktisch übernehmen die Stellvertreter bereits jetzt die Verantwortung für ihre Handlungen. Unter diesen Umständen könne eigentlich nur von einer Deklaration des fraglichen Artikels der Verfassung die Rede sein. Der Antrag laufe schließlich sogar auf eine Beschränkung der Verantwortlichkeit des Kanzlers hinaus. Der Zweck des ganzen Vorgehens ist, die Macht des Reichstages zu stärken. Aus diesem Grunde müssen die Konservativen dem Antrage widersprechen. Wenn der Kanzler nach der Zabern-Affäre auf den Beschluß des Reichstags hätte entlassen werden müssen, dann hätte das Unglück entstehen können, daß Herr von Bethmann-Hollweg jetzt nicht Kanzler wäre. Das parlamentarische System würde für Deutschland eine dauernde Unsicherheit bedeuten. Die Schaffung eines Staatsgerichtshofes hieße den Kanzler der politischen Leidenschaft ausliefern. Das Parlament hat nicht die Fähigkeit, als unbefangener Ankläger oder objektiver Richter aufzutreten. Deshalb müsse einem solchen Vorschlage widersprochen werden. Der Staatsgerichtshof würde gleichzeitig über die Entlassung des preußischen Ministerpräsidenten entscheiden und damit die Selbständigkeit Preußens und seines Königs beseitigen. Diesen Weg gehen die Konservativen nicht mit, der bundesstaatliche Charakter der Reiches habe sich glänzend bewährt, deshalb dürfe nicht daran gerüttelt werden.

Abg. Haußmann polemisiert gegen den Vorredner. Die Verantwortlichkeit des Kanzlers gegenüber dem Kaiser ist in der Verfassung bereits festgelegt; diese Verantwortlichkeit auch gegenüber dem Bundesrat festzustellen, liegt kein Anlaß vor. Die Grundfrage des parlamentarischen Regimes ist, daß der leitende Staatsmann das Vertrauen des Parlaments besitzt, nicht nur das Vertrauen dessen, der ihn ernennt. Württemberg besitzt einen Staatsgerichtshof, der aber nur einmal gegen einen Minister in Funktion getreten und damals zu einer Freisprechung gekommen ist. Durch die Schaffung eines solchen Gerichtshofes soll erreicht werden, daß die Handlungen eines Ministers von einer richterlichen Instanz nachgeprüft werden können. Aus diesen Gründen sind die konservativen Bedenken unbegründet.

Abg. Ledebour gibt zu, daß die Anträge selbstverständlich eine politische Tendenz haben und haben müssen. Vor einen Staatsgerichtshof kann ein Minister nicht gestellt werden, weil er eine falsche Politik getrieben, sondern weil er sich eine Reichsverletzung hat zuschulden kommen lassen. Das komme so selten vor, daß die Bedenken gegen einen solchen Gerichtshof nicht zu verstehen sind. Hat der Kanzler eine falsche Politik getrieben, dann muß der Reichstag darüber entscheiden können, ob der Mann im Amte bleiben kann. Die Konservativen nahmen für sich das Recht in Anspruch, auf die Beseitigung eines Kanzlers hinzuarbeiten, der ihnen nicht paßt. Warum soll die Mehrheit des Reichstages nicht das gleiche Recht haben? Die jetzigen Bestrebungen auf eine Erweiterung der Rechte des Parlaments haben mit der Person des Kanzlers gar nichts zu tun.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Er nehme an den Verhandlungen zu seiner Information teil; eine sachliche Stellung werde er jetzt nicht nehmen, weil er den Verbündeten Regierungen nicht vorgreifen könne. Die Anträge greifen stark an die Fundamente der Verfassung des Reichs heran. Die Meinungen über eine Neuordnung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gehen selbst im Ausschuß recht weit auseinander. Redner gibt einen geschichtlichen Ueberblick über die Entstehung der Kanzlerverantwortlichkeit in ihrem jetzigen Umfange. Zu den jetzt zur Verhandlung stehenden Fragen werde die Regierung Stellung nehmen, über das Knie brechen könne man das nicht.

Abg Kreth vermutet, daß mit den Anträgen die versteckte Absicht verfolgt werde, unser ganzes Verfassungswesen auf eine andere Grundlage zu stellen. Eine genaue Definition der Kanzlerverantwortlichkeit ist bei den bestehenden staatsrechtlichen Verhältnissen nahezu unmöglich, schon deshalb, weil der Kanzler gleichzeitig preußischer Ministerpräsident ist. Die Konservativen haben den Vorzug, daß sie nicht an ein Programm gebunden sind; deshalb ist ihnen ein liberaler Minister, wie es Miquel war, viel lieber als ein konservativer Minister, der mit der Linken liebäugelt. Das Deutsche Reich beruht auf einem freien Vertrag der Bundesstaaten; wenn der Reichstag in diesen Vertrag eingreift, dann untergräbt er die Grundlagen des Reiches Die Anträge sind entweder überflüssig oder schädlich.

Abg. Bruhn erklärt sich für die Anträge. — Abg. Gräfe (kons.) sucht die Konservativen gegen den Vorwurf der Kanzlerstürzerei zu verteidigen. Die Konservativen versuchen nur, den Kanzler auf andere Wege zu bringen.

Abg. List (natlib.) tritt noch einmal kurz für die Annahme des gemeinsamen Antrages ein.

Bei der Abstimmung wird der Teil aus dem Antrag Bernstein und Gen., daß der Kanzler auf Beschluß des Reichstages zu entlassen ist, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Bundesrat wird mit 15 gegen 12 Stimmen beschlossen; die Verantwortlichkeit dem Kaiser gegenüber gegen 4 Stimmen der Konservativen abgelehnt. Gegen die konservativen Stimmen wurde dann die Ziffer 1 des gemeinsamen Antrages in folgender Form angenommen:

Artikel 17 Satz 2 ist zu fassen wie folgt:

Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder seiner Stellvertreter, welche dadurch die Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage und dem Bundesrat übernehmen.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis fand dann folgende Resolution Annahme:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wegen Verletzung seiner Amtspflicht und deren Feststellung durch einen Staatsgerichtshof geregelt wird.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 7. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Lens und Arras erreichte der Artilleriekampf abends wieder große Heftigkeit. Er dehnte sich über Bullecourt weiter östlich aus.

Der Feind setzte die Beschießung von St. Quentin fort, die Brände in der Stadt [illegible] an der Kathedrale erneut Beschädigungen hervorrief.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach den schweren Verlusten, die der 5. Mai den Franzosen gebracht hatte, ließen sie gestern zunächst von der Fortführung ihrer Angriffe ab. Erst nachmittags stießen starke Kräfte zwischen Bois de Fort de Malmaison und Braye vor. Sie wurden restlos abgewiesen. Am Abend und in der Nacht setzten heftige Angriffe nördlich von Laffaux und zwischen der Straße Soissons—Laon und Ailles an. Nach harten Kämpfen, bei denen wir örtliche Erfolge erzielten und dem Feinde schwere Verluste zufügten, wurden alle Stellungen von unseren tapferen Truppen gehalten.

Zwischen Ailles und Craonne scheiterten heftige Teilangriffe der Franzosen. Am Winterberg tobte der Kampf den ganzen Tag hin und her. In flottem Anlaufe haben wir den Nordhang zurückerobert und gegen mehrfache feindliche Anstürme gehalten. Der Feind mußte auf den Südhang zurückweichen. Die Höhenflächen blieben von beiden Seiten unbesetzt. Chevreux ist in unserem Besitz.

Dieser große Kampftag der Aisneschlacht war erfolgreich für uns. —

Seit dem 5. Mai haben wir zwischen Soissons und Reims an Gefangenen 9 Offiziere und 726 Mann, an Beute 41 Maschinen- und Schnelladegewehre eingebracht.

14 feindliche Flugzeuge wurden gestern abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von vereinzeltem Feuer herrschte an der Front Ruhe.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen wuchs das Artilleriefeuer zeitweilig zu außerordentlicher Heftigkeit an. Schwächere Angriffsabteilungen, die gegen unsere Stellungen vorfühlten, wurden leicht abgewiesen.

Westlich des Wardar scheiterten Vorstöße des Gegners gegen bulgarische Feldwachen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Polenfragen im Hauptausschuß.

In Fortsetzung der Debatte über die besetzten Gebiete spricht Naumann (Vp.) über Polen. Er tadelt die Rücksichtslosigkeit bei Entnahme von Rohstoffen, namentlich in Lodz und die Nichtberücksichtigung der Juden bei der Beschäftigung von Arbeitskräften. Er verlangt Umwandlung des Staatsrats in ein wirkliches Ministerium. — Warmuth (Dtsch. Fr.) findet dagegen die Vollmachten des Staatsrats jetzt schon zu weitgehend. — Major Köth erklärt, der Lodzer Industrie gegenüber sei nicht anders vorgegangen worden, als gegenüber der deutschen; Härten sollten durch Entschädigung gemildert werden. — Cohen-Reuß (Soz.) kritisiert scharf die Zustände in Oberost unter dem Fürsten Isenburg-Birstein und seinem Untergouverneur York von Wartenburg. Letzterer sei endlich auch seines Amtes entsetzt worden. Der Fürst aber, der noch immer auf seinem Platze sei, habe die politische Presse unterdrückt, Spitzelwirtschaft gestiftet, die Lebensmittelversorgung vernachlässigt. — Gothein (Vp.) bestätigt diese Klagen. Der Fürst von Isenburg bleibe auf seinem Posten wegen seiner hohen Verwandtschaft. Polen müsse selbständiges Zollgebiet werden mit Vorzugsbestimmungen für die Ausfuhr nach Rußland.

Es wurde festgestellt, daß die für die Vorgänge in Polen verantwortlichen Herren vom Reichsamt des Innern nicht anwesend sein können, da sie im Verfassungsausschuß unabkömmlich seien. Infolgedessen mußten die Verhandlungen auf Sonnabend vertagt werden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 7. Mai.

Das sonnige Wetter, das mit dem ersten Mai begonnen, hält noch immer an, nur ist die Temperatur wieder erheblich kühler geworden. Am Sonnabend war es während des Tages recht warm; abends kam ein starker Wind auf und bald sank das Quecksilber des Thermometers. Gestern waren die schönen Waldungen unserer Umgebung, in denen es zu grünen und blühen anfängt, das Ziel zahlreicher Ausflügler. Auf den Straßen und Plätzen der Stadt wurde gesammelt. An solchen Sammlungen mangelt es in Lübeck überhaupt nicht.

Postverkehr mit dem französischen und belgischen Etappengebiet. Mit dem französischen und belgischen Etappengebiet ist ein beschränkter Postverkehr nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zugelassen: 1. Zugelassen sind a) Briefe und Postkarten der aus dem Etappengebiet stammenden französischen und belgischen Zivilarbeiter in Deutschland an ihre Angehörigen im Etappengebiet und umgekehrt. b) Briefe und Postkarten geschäftlichen Inhalts deutscher Gewerbetreibender an französische und belgische Händler usw. und umgekehrt. c) Postanweisungen bis zum Betrage von 800 Mk. der in Deutschland tätigen französischen und belgischen Zivilarbeiter an ihre Angehörigen im Etappengebiet. d) Pakete bis zum Gewichte von 5 Kilo aus dem Etappengebiet an die in Deutschland tätigen französischen und belgischen Zivilarbeiter. 2. Alle Mitteilungen, die geeignet sind, die deutschen Interessen zugefährden, sowie Zeichen-, Geheimschriften und Stenogramme jeglicher Art sind verboten. Die Briefe sind offen aufzuliefern. Geschlossene Briefe werden zurückgegeben. Postanweisungen dürfen außer der Adresse und außer der Angabe des Betrages keine schriftlichen Mitteilungen enthalten. 3. In der Anschrift muß außer dem Wohnort des Empfängers auch das Arrondissement oder die zuständige Etappen-Kommandantur angegeben sein. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist außerdem der Vermerk „Ueber Postüberwachungsstelle Nr. . . . ." zweckmäßig. Die Nummer der Postüberwachungsstelle kann bei wiederholtem Briefwechsel beim Empfänger erfragt werden. 4. Die Gebühren betragen für Briefe bis zu 20 Gramm 20 Pfg., für je weitere 20 Gramm 10 Pfg., Postkarten 10 Pfg., Postkarten mit Antwort 20 Pfg., Postanweisungen für je 40 Mk. 20 Pfg. Frankierungszwang. Für Pakete, die den in Deutschland tätigen Zivilarbeitern von ihren Angehörigen im Etappengebiet zugesandt werden, werden vom Empfänger 25 Pfg.

Porto erhoben. 5. Die auf Postanweisungen eingezahlten Beträge werden im Etappengebiet in Franken nach dem Kurse 100 Mk. = 125 Franken ausgezahlt. Im französischen Etappengebiet erfolgt Zahlung in Stadtscheinen. 6. Für Verlust oder Beschädigung einer Sendung wird Schadenersatz nicht gewährt. 7. Jeder andere Postverkehr (auch Wert- und Einschreibesendungen) sowie der Telegramm-, Drucksachen- und Warenverkehr ist unzulässig). 8. Die Armee-Oberkommandos können den zugelassenen Postverkehr aus militärischen Gründen zeitweise ganz oder zum Teil sperren.

Von der Fleischabgabe. In der Woche vom 7. bis 13. Mai 1917 wird Rindfleisch ausgegeben. Keine Person hat Anspruch auf Zuteilung von mehr frischem Fleisch als von drei Vierteln der Wochenration. Der Rest kann in Wurst oder Sülze entnommen werden. Streckwurst darf künftig nur gegen Fleischkarte (Reichsfleischkarte oder Zusatzfleischkarte) entnommen werden.

Naturhistorisches Museum. Im Heimatmuseum ist jetzt ein wundervoller aus Mecklenburg stammender Rothirsch aufgestellt worden, den Herr Friedrich Jürgens dem Museum geschenkt hat. Das Tier, ein ungerader Vierzehnender, ist in der Werkstätte des großherzogl. Hofkonservators Knuth in Schwerin präpariert worden und stellt ein Meisterwerk moderner Präparationskunst dar, die sich bemüht, die Tiere in lebenswahren Formen zur Anschauung zu bringen. Da auch in einem Teile des Lübecker Landgebietes Rothirsche jetzt keine Seltenheit sind, ist die Erwerbung dieses Stückes für das Heimatmuseum besonders zu begrüßen. — Die Pflanzenausstellung im Treppenhause beginnt von jetzt an wieder, wenn auch die Zahl der blühenden Pflanzenarten zunächst noch gering ist. Das Museum ist Mittwochs von 4—6 Uhr und Sonntags von 11—4 Uhr unentgeltlich geöffnet. Schulen erhalten nach vorheriger Anmeldung täglich freien Eintritt.

wb. **Hansatheater.** „Ostpreußen und sein Hindenburg". Unbestreitbar ein gewaltiges Filmwerk, das sich den großen „Cines"-Aufnahmen an die Seite stellen kann. Die Geschichte Ostpreußens wird vor den Augen des Publikums aufgerollt von den heidnischen Opferbräuchen der alten Ureinwohner an, die von dem deutschen Ritterorden nach vieler Mühe zum Christentum „bekehrt" worden sind. Der zweite Akt zeigt die Geschichte des Ritterordens, die Ausrufung zum selbständigen Herzogtum Preußen und endet mit der Krönung des Kurfürsten von Brandenburg zum König Friedrich I. von Preußen. Der dritte Akt bringt Episoden aus dem Zusammenbruch Preußens im Jahre 1806, die Flucht des Königspaares nach Memel, die Fremdherrschaft, die Begegnung Napoleons I. mit der Königin Louise in Tilsit, den Rückzug der „Großen Armee" aus Rußland und endet mit der Organisation der preußischen Landwehr durch York von Wartenburg und ihre Rückkehr aus den Befreiungskriegen nach der Schlacht bei Leipzig. Der 4. und 5. Akt zeigt Szenen, die sich während des Weltkrieges in Ostpreußen ereigneten. Vor allem die Schäden des Russeneinfalls und die Greuel, die dabei verübt wurden. Das Werk endet mit der Befreiung Ostpreußens durch die Siege Hindenburgs bei Tannenberg und in Masuren. Die Musik zu dieser Filmschöpfung der Berliner Eiko-Werke hat Professor Hummel, Berlin, zusammengestellt. Am Sonnabend gab es als Beigabe zu der Vorführung noch eine Festrede, die für eine alldeutsche Versammlung geeignet gewesen wäre.

Der Bunte Abend, der am kommenden Mittwoch im Stadttheater zum Besten der Hinterbliebenen von Angehörigen des Regiments Lübeck stattfindet, verspricht nach Form und Inhalt eine wirklich soldatische Darbietung zu werden. Aus dem Wunsche für die Hinterbliebenen ihrer Kameraden nach ihren Kräften etwas beizutragen, ist die Veranstaltung im Kreise der Mannschaften des Ersatzbataillons 162 geplant worden; Schauspieler, Spielleiter und alle anderen Mitwirkenden gehören zu den Mannschaften des Regiments, das gibt dem Abend seine besondere Berechtigung. Ein heiterer Einakter, ein Soldatenspiel im Quartier in Feindesland, eine Reihe von lebenden Bildern, Rezitationen und Gesangsvorträge, und andere Darbietungen werden den Abend abwechslungsreich ausfüllen. Da es sich um ein Wohltätigkeitsfest für das Regiment Lübeck handelt, ist wohl anzunehmen, daß es in der Bevölkerung ebensoviel Beifall findet wie andere ähnliche Veranstaltungen bisher.

Kriegs-Brockensammlung. Noch einmal macht der Wirtschaftsausschuß der Kriegs-Brockensammlung darauf aufmerksam, daß der kommende Sonnabend für die Ablieferung von Eisen und anderen Metallen aller Art bestimmt ist. Über die Notwendigkeit, alle noch tot herumliegenden Metallgegenstände für die Kriegführung nutzbar zu machen, braucht den sammelnden Kindern nichts mehr gesagt zu werden. Es kommen vor allem in Betracht: Beschädigte und unbrauchbar gewordene Töpfe, Schaufeln, Haken, Ofenrücken, Schüreisen, Ständer usw.; gußeiserne Gefelle, Schalen, Beuten, Ofenvorsätze usw.; Ofenschirme, alte Dachrinnen und Röhren, Kochtopfbeulen, Stahlfedern, Büchsen, Metallfassungen elektrischer Lampen usw.; Zinn- und Bleisoldaten, wovon große Mengen im Verkehr sind. Mit jedem Zinnsoldaten kann ein für die Kriegsführung wichtiger Gegenstand fertiggestellt werden. Von einer Gewinnauslosung ist diesmal abgesehen worden, da geglaubt wird, daß unsere Dankesverpflichtungen Hindenburg gegenüber von selbst eine Rekordablieferung von Metallen herbeiführen wird. Die Ablieferung soll geschehen von morgens 9—1 Uhr, nachmittags von 3—5 Uhr in der Sammelstelle Salzspeicher (Holstenstr.). Die Gutscheine werden gegen Käse, Marmelade, Kakao, Spielsachen usw. eingelöst.

pb. **Ein zahmes Reh zugelaufen.** In einem Restaurationsgarten der Hüxterstor-Allee ist am 2. d. Mts. ein anscheinend zahmes Reh eingefangen, welches von Handen gehetzt gewesen zu sein schien. Der Eigentümer desselben wird ersucht, sich im Polizeibureau zu melden.

pb. **Verhaftete Einbrecher.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Klempnergeselle und ein Kohlentrimmer, die am 2. ds. Mts. in eine an der Wakenitzmauer belegene Wohnung eingebrochen waren und dort Geld, Lebensmittel und andere Gegenstände gestohlen hatten.

Moisling. Eine Parteiversammlung fand hier am Sonnabend im Kaffeehaus statt. Genosse Löwigt hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema „Maigedanken im dritten Kriegsjahr". Zum Schluß wurden innere Parteiangelegenheiten erörtert. — Ein Schadenfeuer kam Sonnabend nachmittag um halb 6 Uhr im Hause des Kaufmanns Spötter in der Niendorfer Straße zum Ausbruch. Es brannte dort das Obergeschoß und ein Teil des Dachgeschosses. Mehrere Möbelstücke fielen dem Feuer zum Opfer. Als die Lübecker Feuerwehr mit der Automobilspritze bei der Brandstätte erschien, hatte die Moislinger Pflichtfeuerwehr das Feuer bereits schon gelöscht. Die im Obergeschoß wohnende Frau befand sich auf Arbeit, ihr Mann steht im Felde.

Hamburg. Ein Großfeuer kam in der Nacht zum Sonntag in dem bekannten großen „Hotel Hamburger Hof" am Jungfernstieg zum Ausbruch. Die oberen Geschosse wurden schwer beschädigt, die unteren litten stark durch die Löscharbeiten. Etwa zwanzig Personen kamen in Lebensgefahr. Im Hotel waren bis auf das Nachtpersonal alle Bewohner bereits zu Bett gegangen, als man im Hause von den Großen Bleichen her Feuerrufe hörte, die bald allgemein wurden. Nur wenige Minuten, nachdem sich das Feuer zuerst bemerkbar gemacht hatte, zeigte es eine gewaltige Ausdehnung und Kraft. Durch den Fahrstuhlschacht war es, von dichten Rauchwolken begleitet, bis zum Erdgeschoß hinuntergerast und bedrohte, aus den Fahrstühlen sämtlicher Stockwerke hervorquellend, das ganze Haus. In den fast ganz aus Holzwerk gebauten Dachgeschossen wütete das Element über die ganze Länge der Front am Jungfernstieg mit unheimlicher Schnelligkeit. Eine von Minute zu Minute wachsende Feuerlohe wogte dem nächtlichen Himmel entgegen und verbreitete einen bis über Hamburgs Grenzen hinaus sichtbaren Feuerschein. In diesen von Flammen, Rauch und enormer Hitze beherrschten Stockwerken waren nun die von der Katastrophe überraschten Hotelangestellten von den sicheren Ausgängen abgeschnitten. Eine Angestellte schlief im fünften Stockwerk in einer Kammer hinter dem Fahrstuhl, wo der Ausgangspunkt des Feuers zu vermuten ist. Das Fenster ging nach dem Hofplatz hinaus. Vor ihrer Tür loderten die Flammen an dem Holzwerk der Wände und einer vom Personal benutzten Holztreppe, die zum sechsten Stockwerk führt. Eine Rettung in dieser Richtung war ausgeschlossen. Der Rauch und die bereits in die Kammer eindringenden Flammen gebaten Eile. Nur die fast zwei Meter tief unter dem Fenster liegende Dachrinne und von hier über das rechtwinklige daneben gelegene schmale Dach eines Hofgebäudes war der einzige Ausweg vor dem Flammentod. Ihn hat das Mädchen mit Erfolg beschritten. Doch war es dann auch noch nicht in Sicherheit, denn von der schmalen Dachkante führte kein Zugang zum Innern des Hauses. Aber nun ward der Gefährdeten und zwei anderen Mädchen, die durch direkten Sprung ebenfalls auf die Dachkante gelangt waren, Beistand. Alle drei krochen bis zu dem vom Feuer verschont gebliebenen Flügelbau an den Großen Bleichen. Hier an dem ersten, rechtwinklig neben der Dachkante, auf der die Mädchen hockten, gelegenen Fenster erschien der Hoteldirektor und ein Unterseeboot-Offizier, der von der Straße heraufgeeilt war, seine Uniform abwarf, und sich an dem Rettungswerk energisch beteiligte; beide hoben die drei Mädchen unter eigener Lebensgefahr herein. Drei Burschen, die in einer Kammer auf der Straßenseite im fünften Stockwerk schliefen, kletterten aus einem Fenster ebenfalls in die Dachrinne, mußten dann aber noch über einen hohen Rundbogen hinter dem Kuppelbau auf die andere Seite der Rinne, von wo sie von der Feuerwehr mit Hilfe einer Magirus-Leiter heruntergeholt wurden. Auf dieser Seite wurden sieben Personen von der Feuerwehr über eine große Leiter gerettet, während über eine an den Großen Bleichen stehende Leiter acht Personen außer Gefahr gebracht wurden. Das Feuer wütete mit großer Heftigkeit mehrere Stunden. Eine Zeitlang bestand auch die Gefahr, daß die eine der beiden mit Kupfer bedeckten und von Eisenstangen getragenen Holzgerüst bestehenden Kuppeln an der Jungfernstieg-Front abstürzte. Sie hat sich aber nur in der Richtung nach dem Hause zu umgelegt. Wenn auch dem Hause von außen kaum etwas von dem Brande anzusehen ist, so bietet das Innere doch einen sehr trostlosen Anblick. Der Hotelbetrieb wird jedoch im Erd- und in den beiden ersten Obergeschossen aufrecht erhalten. Die Gäste wurden in der Brandnacht nur vom Rauch und von der Unruhe belästigt, sie haben aber ihre Zimmer beibehalten. In den vom Feuer betroffenen Stockwerken wohnten keine Gäste. Die Entstehungsursache des Feuers ist nicht bekannt.

Hamburg. Mord und Selbstmord. Der Schriftsteller Fock, Weidenallee 10, erschoß am Sonnabend seine Frau und sich, nachdem sie von der Beerdigung ihres Kindes von Ohlsdorf zurückgekehrt waren. Fock war Soldat und hatte Urlaub zur Beerdigung seines Kindes erhalten.

Kiel. Der Sozialdemokratische Verein Groß-Kiel hat den Bericht über das dritte Kriegsjahr (1. April 1916 bis 31. März 1917) herausgegeben, der leider kein erfreuliches Bild über die Zustände in der Kieler Parteiorganisation gibt. Die parteizerstörenden Wühlereien der „Unabhängigen", die ja auch in Kiel ihren Ausdruck fanden in der am 4. März erfolgten Gründung einer Sonderorganisation der „Unabhängigen", haben auch auf das Kieler Parteileben einen starken Einfluß ausgeübt. Im Laufe des ersten Quartals 1917, in dem hier die Gründung der Sonderorganisation erfolgte, sind aus dem Sozialdemokratischen Verein Groß-Kiel 371 männliche und 125 weibliche Mitglieder ausgetreten, 59 männliche und 8 weibliche mußten wegen Nichtzahlung von Beiträgen gestrichen werden. Schon heute aber steht fest, daß ein großer Teil der Ausgeschiedenen nicht zu der Sonderorganisation übergetreten ist, sondern, so heißt es in dem vom Vorstand erstatteten Bericht, nur die Gelegenheit als passend benutzt hat, aus der Partei zu flüchten oder weil die widerlichen Streitigkeiten ihnen die Zugehörigkeit zur Organisation verleidet haben. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren im Berichtsjahre mit Mk. 55 805,13, im Vorjahre Mk. 41 015,82, also Mk. 5210,60 weniger. An Beiträgen gingen ein Mk. 26 204,55. Es wurden im Berichtsjahre 46 962 Beitragsmarken für männliche und 18 157 für weibliche Mitglieder umgesetzt, gegen das Vorjahr ein Weniger von 9984 für männliche und 2239 für weibliche Mitglieder. Der Ausfall ist auf vermehrte Einberufung der Mitglieder zum Militär und den Abgang von Mitgliedern überhaupt zu buchen. Ferner sind 780 weibliche Mitglieder während des Krieges vom Beitragszahlen entbunden. Der Bericht schließt mit einer Aufforderung an die Parteigenossen zur Einigkeit, die in dieser ernsten Zeit doppelt nötig ist im Interesse des Proletariats.

Rendsburg. Ein Großfeuer entstand Sonnabend nachmittag um 3 Uhr in dem benachbarten Westerrönfeldt, dem vier Gebäude zum Opfer fielen. Das Feuer war in dem weichgedeckten Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Landmanns Johann Schülldorf, wahrscheinlich durch einen schadhaften Schornstein, entstanden, sprang dann auf die ebenfalls weichgedeckte Scheune sowie die benachbarten Wohn- und Wirtschaftsgebäude und Scheune des Landmannes Johann Harder über. Alle vier Gebäude brannten bis auf den Grund nieder. Das Vieh konnte rechtzeitig ins Freie gebracht werden, ebenfalls wurden die Mobilien gerettet, doch sind etliche Fuder Heu und Stroh und etwas Korn sowie landwirtschaftliche Maschinen verbrannt. Auch 15 dem Harder gehörige Kaninchen kamen in den Flammen um. Das weichgedeckte Dach der in der Nähe befindlichen Kate des Kätners Passig sowie des über 100 Meter entfernten Wirtschaftsgebäudes des Landmannes Hinrich Fievers wurden ebenfalls durch Flugfeuer entzündet. Das Feuer konnte aber im Entstehen gelöscht werden.

Büsum. Im Beruf tödlich verunglückt ist der Fischer Gustav Kalhorn, der während er mit seinem Schwager Schollen fischte, über Bord stürzte und ertrank.

Neueste Nachrichten.

Kopenhagen, 6. Mai. Ein Petersburger Telegramm der „Berlingske Tidende" besagt: Die gegen jede Eroberungspolitik gerichteten Kundgebungen in Petersburg waren auch gestern wieder außerordentlich umfangreich. Eine ungeheure Menschenmenge war auf dem Newski Prospekt angesammelt, doch waren die Regierungsanhänger in der Mehrheit. An vielen Stellen der Stadt konnten sich die Straßenbahnwagen nur mit größter Mühe einen Weg durch die Menge bahnen.

Rotterdam, 6. Mai. Die Ymuider Fischdampfer-Reedereien beschlossen, ihre Betriebe vorläufig still zu legen und verständigten davon den deutschen Gesandten im Haag und teilten mit, die Fischdampferflotte würde von heute ab wegen der wiederholten Torpedierungen und Aufbringung von Fischdampfern stillgelegt werden. Diese Maßnahme soll solange in Kraft bleiben, bis genügende Sicherheiten für die Fischerflotte gegeben sind.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Volksfürsorge.
Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.
Bureau: Johannisstr. 48, pt.
Geöffnet:
Donnerstags, Freitags u. Sonnabends, abds. von 7½—9 Uhr.
Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.
In der Woche vom 7. bis 13. Mai 1917 wird Rindfleisch ausgegeben. Keine Person hat Anspruch auf Zuteilung von mehr frischem Fleisch als von drei Vierteln der Wochenration. Der Rest kann in Wurst oder Sülze entnommen werden. Streckwurst darf künftig nur gegen Fleischkarte (Reichsfleischkarte oder Zusatzfleischkarte) entnommen werden.
Lübeck, den 5. Mai 1917.
(671
Das Polizeiamt.

Hindenburg-Tag
der Kriegsstrecksammlung
Sonnabend, den 12. Mai
Eisen, Metalle.
Annahme Salzspeicher Holstenstr. von 9—1 u. 3—5 Uhr. (675

Magermilchverteilung am 8. Mai
(mit Vorbehalt der Verkaufsfähigkeit).
In den meisten Läden ist auch ein Teil Buttermilch; diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch ausgegeben, soweit der Vorrat reicht.
Ausgabe der Magermilch (Buttermilch) an die Nummern 101 bis 200 der Ausweiskarte.
Quarkverteilung.
Quark (Weichkäse) zum Aufstrich in allen Läden der
inneren Stadt,
soweit der Vorrat reicht. Abgabe an alle magermilchbezugsberechtigten Haushaltungen laut Ausweiskarte 1 Schale zu 55 Pfg.
676) **Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.**

Deutscher
Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Lübeck.
Am Freitag, dem 4. Mai, verlarb unser Kollege, der Maurer
H. Sager
im 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 9. Mai, nachmittags um 3½ Uhr, auf dem Burgtor-Friedhof statt. (672
Der Zweigverein Lübeck.

Arbeiter
können sich melden bei
Christian Gäde,
Fischerstraße 4. (674

Fahrstuhlführerin
zum 15. Mai gesucht.
Kurhaus Travemünde.
F. Brügmann.
Persönliche Vorstellung erwünscht. (670

Die Sozialdemokratische Feldpost
Maifestnummer, nur noch einige Exemplare.
Preis 10 Pfg.
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zu kaufen gesucht (669
Haushaltungslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Wallenhoffstr. 25.
Telephon 2430.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (668
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 71

Hansa-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Ostpreussen
und sein (673
Hindenburg.
Vorverkauf Zigarrenhandlung Sager, Kohlmarkt.
Mittwoch und Sonnabend nachmittag Vorstellung zu kleinen Preisen.
Dieser Film ist für die Jugend nicht nur freigegeben, sondern von Behörden und Pädagogen ausdrücklich empfohlen.

Nr. 106
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 7. Mai 1917

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Mai 1917.

101. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich, v. Stein, Gröner, Graf Roedern, Dr. Lisco, Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen der Sozialdemokraten und Elsässer über die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt, daß der Reichskanzler die Interpellationen im Laufe der nächsten beiden Wochen an einem mit dem Präsidenten zu vereinbarenden Tage beantworten wird.

Hierauf wird die

zweite Lesung des Militäretat

fortgesetzt.

Abg. Dr. Haas (Vp.): In heldenmütiger Weise bieten unsere Truppen auf allen Fronten dem Ansturm der Feinde Trotz. Arm und reich sind an diesen Kämpfen in gleicher Weise beteiligt. Trotzdem hat sich die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft von dem Dank des Volkes, den der Hauptausschuß den Truppen zum Ausdruck gebracht hat, ausgeschlossen. (Lebh. Hört, hört!) Wenn man die Schlachtfelder sieht, dann erkennt man erst, welches Unglück unsere tapferen Soldaten von der Heimat abgewehrt haben. (Lebh. Sehr richtig!) Wir müssen unseren Dank praktisch betätigen. Dazu gehört, daß wir unsere politische Haltung so einrichten, daß wir unsere Soldaten recht bald in einem guten Frieden in der Heimat begrüßen können. Deshalb muß man sich auch bei der Erörterung der Kriegsziele Reserve auferlegen, sonst läuft man Gefahr, Wasser auf die Mühlen der Kriegshetzer in Feindesland zu liefern. — Die Eisenbahnverwaltung sollte erwägen, wie der Zustand geändert werden kann, daß die auf Urlaub kommenden Soldaten in fürchterlicher Enge zusammengepfercht fahren müssen. Die gestern vom Abg. Schöpflin erhobenen Beschwerden über zuviel Drill in der Ruhestellung sind berechtigt. Weit mehr Klagen als von der Front, hören wir von den Ersatzbataillonen und zwar fast gar nicht aus Süddeutschland, sondern sehr vielfach aus Norddeutschland. Erfreulich ist, daß die widerliche Strafe des Anbindens verschwinden soll. Freilich habe ich nicht ganz verstanden, ob das schon sicher ist, oder ob der Kriegsminister sich lediglich darum bemühen will. — Eine Reform des Beschwerderechts ist dringend notwendig. — Der Resolution auf Einschränkung der Briefzensur der Soldaten stimmen wir zu; wo die Zensur aber nötig ist, muß sie bei der Kompagnie bleiben und darf nicht, wie es die Sozialdemokraten wünschen, den höheren Stellen übertragen werden. Das würde nur zu unliebsamen Verzögerungen und auch zu großen Weiterungen und Untersuchungen wegen irgend welcher dummen Bemerkungen in Briefen führen. So liebenswürdig und sanft die Generale sich hier im Reichstag geben, so fürchterlich sind sie draußen. (Heiterkeit.) Eine Erhöhung der Mannschaftslöhnung wünschen wir dringend. Gewiß kostet das sehr viel Geld; aber der Krieg kostet überhaupt sehr viel. Es kommt eben auf die Stimmung an. Auch eine Aenderung des Offizierpensionsgesetzes muß stattfinden. Die landsturmpflichtigen Aerzte sollten ebenfalls zu Sanitätsoffizieren ernannt werden. — In einzelnen besetzten Gebieten werden liberalen und sozialdemokratischen Zeitungen Schwierigkeiten bereitet. Diesem Unfug sollte der Kriegsminister schleunigst ein Ende bereiten. (Sehr richtig! links.) Die Resolutionen, die eine erhöhte Produktion in der Landwirtschaft bezwecken, unterstützen wir mit Ausnahme der, die die landwirtschaftlichen Maschinen und Zugtiere in den besetzten Gebieten der heimischen Produktion nutzbar machen will. — Viele, selbst vom Kriegsminister als berechtigt anerkannte Wünsche werden kaum erfüllt werden, denn der Kriegsminister ist heute ein machtloser Mann. Wir hoffen bald, mit einem Kriegsminister verhandeln zu können, der nicht nur den Willen, sondern auch den Einfluß hat, das durchzusetzen, was durchgesetzt werden muß und der dafür verantwortlich ist. (Beifall b. d. Vp.)

Oberst v. Wriesberg: Eine Reihe von Wünschen, die der Abg. Schöpflin gestern vorgebracht hat, sind schon in der Kommission erledigt worden. Bezüglich der Mißhandlungen hat der Kriegsminister dort wie auch im Plenum seinen Standpunkt dargelegt und den Worten auch die Tat folgen lassen, indem er entsprechende Anweisungen an die Generalkommandos hat ergehen lassen. Die Briefzensur soll grundsätzlich nicht durch die Vorgesetzten sondern durch die Post vorgenommen werden. Der von dem Abg. Schöpflin in der Kommission angeführte Fall, daß bei der fünften Kompagnie der 48. Reservedivision die Leute seit 18 Monaten keinen Urlaub gehabt hätten, hat sich als unrichtig herausgestellt; es ist dort kein Mann, der seit länger als einem Jahre keinen Urlaub gehabt hätte. Ebenso unrichtig war seine Angabe, daß ein Bataillon 60 000 Mk. Kriegsanleihe gezeichnet habe; es handelte sich nur um 6000 Mk. Klagen und Wünsche sind bei dem Millionenheere unvermeidlich. Wir wollen aber die Verfügungen und das Schreibwerk nicht noch vermehren, sondern grundsätzlich kann nur jedem einzelnen Falle nachgegangen und nötigenfalls eingeschritten werden. Dazu müssen Sie uns aber Tatsachen melden mit genauen Angaben, auf denen wir fußen können. Von dem guten Geiste der Truppen geben uns sehr viele Briefe Kenntnis. Aus den Ausführungen des Abg. Schöpflin konnte der Anschein erweckt werden, als ob die Heeresverwaltung nicht alles täte, um die Wünsche der Truppen zu erfüllen und ihren Klagen abzuhelfen. Ein solcher Anschein darf nicht erweckt werden. Jedermann draußen muß wissen, daß die Heeresverwaltung ein warmes Herz für ihn hat, und auch jedermann aus dem Volke daheim soll das Gefühl haben: „Lieb' Vaterland magst ruhig sein!"

Generalarzt Schultzen: Die Stellung der Landsturmärzte ist aus der historischen Entwickelung zu erklären. Der Kriegsminister hat bereits die einleitenden Schritte unternommen, um ein Landsturmsanitätskorps zu bilden, wobei die Wünsche der Landsturmärzte Berücksichtigung finden werden.

Abg. v. Boehn (Kons.): Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat sich von dem Dank an unsere Truppen ausgeschlossen und sich dadurch außerhalb der Gemeinschaft des deutschen Volkes gestellt. (Sehr richtig! rechts.) — Es ist bedauerlich, daß wir einen so scharfen Winter hatten, der uns verhinderte an die Kartoffelmieten heranzukommen. Nun schlägt man auf die Landwirtschaft los. Vor allem ist Aufklärung des Landvolkes nötig. Wie gut sie wirkt, haben wir bei der Hindenburgspende gesehen und bei der Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande. Aber auch die städtische Bevölkerung muß aufgeklärt werden. Was weiß denn der Industriearbeiter von der schlechten Kornernte von 1915, von der miserablen Kartoffelernte 1916? Auch die Regierung hat viel Schuld; in den ersten Kriegsjahren sind große Bestände verquast worden. Wenn Herr Scheidemann ohne Widerspruch seitens der Regierung erklären kann: „Der Krieg ist nicht zu gewinnen, wir kämpfen für den Status quo ante", dann ist es kein Wunder, wenn die unorientierten Massen zu Vaterlandsverrätern werden. Durch den Gedanken, daß die Bewilligung der Kriegskredite seitens der Sozialdemokratie belohnt werden soll, ist nur die Begehrlichkeit groß gezogen worden. Früher wurde durch die Hohenzollern die Pflichttreue großgezogen. Jetzt aber ist man auf den Kuhhandel übergegangen. Man kann nicht regieren, wenn man die Zügel am Boden schleifen läßt. Ich habe mich über die Ausführungen des General Gröner gefreut, und daraus die Hoffnung geschöpft, daß mit dem jetzigen Regierungssystem endlich Schluß gemacht wird. (Bravo! rechts.) Unter den Resolutionen begrüßen wir vor allem die, welche bezwecken, die Produktion der Landwirtschaft zu heben. Eine sozialdemokratische Resolution beschwert sich, daß einige stellvertretende Generalkommandos bei den Verordnungen über Arbeitshilfe in der Land- und Forstwirtschaft die Bestimmungen des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst nicht beachtet haben. Das ist doch nur im Interesse der Hebung der Produktion geschehen und dafür sollten Sie den Generalkommandos Dank wissen. Die Strafe des Anbindens ist eine den Betroffenen seelisch und körperlich entwürdigende. — Von den Resolutionen der Kommission können wir die auf Aufhebung der Bestimmung, daß nur Soldaten mit der Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienste zu Offiziere befördert werden können, nicht annehmen. Höchstens für den Krieg würde uns eine solche Maßregel gerechtfertigt erscheinen. — Zum Kriegsminister haben wir das volle Vertrauen, daß er alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um noch bestehende Mißstände zu beseitigen. In der Kommission beantragte der Abg. Cohn von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Einführung des parlamentarischen Systems im Heere. Die Erfahrungen, die man jetzt in Rußland macht, scheinen uns nicht dafür zu sprechen. Ich hoffe, es wird bei uns sobald nicht dazu kommen, daß Herr Cohn als Ausschußvertreter ins Große Hauptquartier reist, um eine Gehirnrevision bei Exzellenz Hindenburg vorzunehmen. Nach dem Kriege wird es hoffentlich niemand mehr wagen, die Forderungen für das Heer abzulehnen. Möge dann unser herrliches Heer immer bleiben der Fels im Meer der politischen Kämpfe, der Beschützer von Thron und Altar, der Förderer des Friedens und die Furcht unserer Feinde. (Bravo!)

Ag. Held (Natl.): Zu unserem Kriegsminister kann das Volk vollstes Vertrauen haben. Die Beurlaubungen zur Feldbestellung sollten möglichst beschleunigt werden; heute werden solche Gesuche häufig erst bewilligt, wenn die Arbeit erledigt ist. Das Kriegsarbeitsdepartement muß die nötigen Kräfte erhalten, die kontrollieren, daß seine Urlaubsbewilligungen von den Generalkommandos auch durchgeführt werden. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß der Landwirtschaft mehr Benzol und mehr Pferde zur Verfügung gestellt werden. Die Gefangenen dürfen nicht zu gut behandelt werden, auch nicht von den Landleuten. Wir müssen an unsere armen Gefangenen denken. Ich begrüße die Repressalien, die der Kriegsminister ergriffen hat. Die Verpflegung an der Front ist weit besser geworden infolge unserer Kritik im Herbste. Bei den Auszeichnungen sollte ein Unterschied gemacht werden, zwischen wirklichen Kämpfern an der Front und den Leuten in der Etappe und der Heimat. Bei den süddeutschen Kontingenten ist eine solche Unterscheidung durchgeführt. Zu hoch sind die Provisionen, die die Heeresverwaltung ihren Aufkäufern zahlt.

Oberst Marquardt macht nähere Mitteilungen über das Verfahren bei der Pferdebeschaffung.

Abg. Sir (Zentr.): Dem Dank an unsere tapferen Truppen schließe ich mich namens meiner Fraktion aus vollem Herzen an. Ebensolcher Dank gebührt denen, die in der Heimat das Durchhalten ermöglichen. Wir erwarten, daß auch die Munitionsarbeiter ihre volle Pflicht tun werden. Auf der anderen Seite muß man dann auch den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen. Die Landwirte sollte man durch die Nachschaukommission nicht zu sehr behelligen. Die Behandlung der Soldaten in der Kaserne läßt noch sehr zu wünschen übrig. Die Liebe zum Militärdienst, ja zum Vaterland wird dadurch nicht gefördert. Die Kompagniechefs sollten sich mehr um diese Dinge kümmern. (Sehr richtig!) Der Resolution auf Erhöhung der Mannschaftslöhne stimmen wir zu. Bei den Urlaubsgesuchen sollten vor allem kinderreiche Familien berücksichtigt werden.

General von Owen betont dem Abg. Held gegenüber, daß die Provisionen für die Aufkäufer der Heeresverwaltung bereits herabgesetzt seien. Die Erhöhung der Löhnung auch nur um 10 Pfennig täglich würde 3 Mk. monatlich betragen und bei der Zahl unserer Truppen würden dabei doch nicht unbedenkliche Zahlen herauskommen. Das Kriegsministerium meinte, statt dessen sollten die Familienunterstützungen erhöht werden und das ist geschehen. Daß bei der langen Kriegsdauer eine Erhöhung der Löhnung ein Bedürfnis wird, wird jeder einsehen. Wie die Frage zu lösen ist, ist eine andere Sache, die die Regierung erwägen muß.

Schatzsekretär Graf Roedern: Anträge auf Erhöhung der Mannschaftslöhnung hat die Mehrheit des Reichstages wiederholt abgelehnt, sie hat andere finanzielle Aufgaben für wichtiger gehalten. Diesen Standpunkt hat auch die Finanzverwaltung, umsomehr als im Laufe des Kriegs die Mannschaftslöhne schon einmal erhöht worden sind, ebenso mehrmals die Familienunterstützungen. Im Ganzen betragen diese Mehrleistungen 200 Millionen Mark monatlich. Sollte der Reichstag eine Erhöhung der Mannschaftslöhne beschließen, so wird der Kriegsminister den Beschluß pflichtgemäß und mit bestem Willen zu helfen, prüfen. Dem Abg. Stücklen gegenüber bemerke ich, daß wir das Hotel Cumberland mit 6,8 Millionen noch 2 Millionen billiger gekauft haben als der Durchschnitt der Schätzung der Sachverständigen betrug. Dieser Kauf ist keineswegs unwirtschaftlich.

General von Langermann bemerkt gegenüber dem Abg. Held, daß die Anweisungen auf Auszahlung der gesetzlichen Unterstützungen mit möglichster Beschleunigung erfolgen.

Abg. Mertin (Dt. Fr.): Wer sich in der jetzigen Zeit der Arbeit zur Versorgung des Heeres entzieht, hat das Recht verwirkt, sich Deutscher zu nennen. Daß der Kriegsminister nicht nur schöne Worte macht, wie der Abg. Schöpflin gestern sagte, sondern daß er ein Mann der Tat ist, beweisen seine Erfolge gegenüber der empörenden Behandlung unserer Gefangenen. Bei uns sind die feindlichen Gefangenen nie so schlimm behandelt worden, wie die unserigen etwa in Frankreich. Unser Volk fühlt sich eben frei von Haß. Aber vielfach hat man es im Volke nicht verstanden, daß auch in der Ernährung die feindlichen Gefangenen besser stehen als die eigenen Volksgenossen. (Sehr richtig! rechts.) — Unsere Truppen brauchen vor allem Munition; sie zu liefern ist unsere heiligste Pflicht und es ist eine Schmach und Schande, daß deutsche Männer und Frauen sich dieser Pflicht entzogen haben. Nicht zu scharfe Worte hat General Gröner gebraucht, sondern mit unbegreiflicher Milde ist vorgegangen gegen die, die unseren Truppen die Waffen aus der Hand winden wollten. (Abg. Schöpflin (Soz.): Ach wo!). Jawohl dieser Gedanke ist in den Flugblättern vertreten worden. (Widerspruch des Abg. Schöpflin.) Nach dem Erlaß des Kriegsamtes wissen die Arbeiter, daß dort ein fester Wille vorhanden ist. — Unbegrenztes Vertrauen hat das ganze Heer und Volk zu unserer Obersten Heeresleitung und der Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, einen Ueberwachungsausschuß für Hindenburg einzusetzen, kann gar nicht ernst genommen werden. (Sehr richtig! rechts.) Die großen Fragen der Welt werden nicht durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden, sondern durch Blut und Eisen. Das Blut setzen unsere braven Truppen ein, das Eisen müssen wir ihnen schaffen. (Lebh. Bravo! rechts.)

Abg. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.): Das Gehalt des Kriegsministers lehnen wir ab. Das Parlament hat nicht zu loben und anzuerkennen, sondern zu kritisieren. — Daß ich das Telegramm, welches die anderen 27 Mitglieder des Verfassungsaus-

---

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

6. Fortsetzung.

Das Blut war ihm ins Gesicht gestiegen, er konnte keine Freundlichkeit heucheln. So wandte er sich nach dem Fenster um, wo Anna mit einer Stickerei beschäftigt war. Kein Tag ihrer jungen Ehe war bis jetzt vergangen, an welchem er nicht gesucht hätte, ihr irgend eine Freude zu machen, irgend einen Wunsch zu erfüllen. Er fühlte sich schmerzlich erregt, gekränkt von ihrem Benehmen, das seiner großmütigen Gesinnung so wenig entsprach. Und dennoch, hätte sie ihm zugelächelt, ihm die Hände entgegengestreckt, ein bittendes, versöhnendes Wort für ihn gehabt, so würde sein Mißmut geschmolzen sein, wie Winterschnee an der Frühlingssonne. Allein, sie blickte auf die bunten Fäden, ohne ihren Kopf aufzuheben, und selbst als er nahe an ihr vorüberging, sah sie nicht zu ihm auf. So grüßte er denn die Schwiegermutter in frostiger Weise, entschuldigte sich mit seinen Geschäften und ging hinaus. In seinem Arbeitszimmer fand er Onkel Tobias, der über sein mürrisches Gesicht zu lachen anfing, denn er hatte es noch nicht so gesehen. Was ist denn los? fragte der alte Mann. Was hat es denn gegeben? hast du dich geärgert?

Jawohl, Onkel Tobias.

Mit dem herzallerliebsten Schatz?

Mit dem Schatz, den ihr mir gegeben habt.

Du hast wohl einen Fleck auf den Teppich gemacht, oder die Stiefeln nicht gehörig gesäubert, oder ist es noch was Fürchterlicheres? Er fing laut an zu lachen, streckte seinen Kopf vor, kniff die Augen listig zusammen und flüsterte ihm zu: Neulich, wie ich bei ihr saß, und eine Prise genommen hatte, hat sie eine halbe Stunde lang an der Erde umhergewischt und jedes Körnchen Tabak aufgesucht, als wären es Diamanten.

Eduard stützte den Ellbogen auf das Pult, legte den Kopf in seine Hand und murmelte vor sich hin: Der Teufel hole das Heiraten!

Bisch! winkte Onkel Tobias, daß dich keiner hört. Dein Bruder würde Wehe schreien und deine Mutter bekäme das Zittern. Was ist denn geschehen? Will sie nicht mitgehen ins Theater, oder auf einen Ball, oder in eine Gesellschaft? Ich muß dir sagen, Eduard, es gibt ein altes Sprichwort: Allzuviel ist ungesund. Es wird ihr zu viel, sie denkt wohl ein bißchen anders darüber wie du.

Es wäre wohl mit ihr fertig zu werden, fiel der junge Mann ein, aber die Mutter ist schuld daran.

Mit der Schwiegermutter ist es eine schlimme Geschichte, sagte Onkel Tobias, seine Schultern hochziehend, aber in diesem Falle mußt du vorsichtig sein. Der Wind bläst aus der frommen Ecke. Dein Bruder ist nicht erbaut von eurem Leben.

Was geht meinen Bruder mein Leben an? fragte Eduard heftig. Ich glaube wohl, daß du recht hast, aber mag er sich um sein eigenes Leben kümmern, an dem vieles auszusetzen ist.

Still, stille, mein Sohn, winkte Onkel Tobias. Es ist ein heiliger Mann, und wenn er den Kopf über dich schüttelt, wackeln die Köpfe aller respektablen Leute. Es ist ein Musterbild, worauf ein jeder mit Ehrfurcht schaut; wer ihn schmähen wollte, würde gesteinigt werden.

Der junge Fabrikant zog die Stirn in finstere Falten.

Du mußt dich besser mit ihm stellen, flüsterte der alte Mann, indem er näher trat und seine Hand auf Eduards Schulter legte. Du mußt auch deine Mutter bedenken, und dann mußt du die Meinung der Leute bedenken. Es ist gar zu leicht, daß man einen schlechten Ruf fort hat.

Aber was wollen denn die Leute von mir, Onkel Tobias? rief Eduard ungeduldig. Wodurch soll ich in den schlechten Ruf kommen?

Nur nicht hitzig! lachte der alte Mann, auf die silberne Dose schlagend. Du bist jung und liebst das Leben. Ihr schwärmt umher und genießt es. An allen Orten sieht man euch, und es geht Geld darauf. Keinen Abend zu Haus, immer was Neues, immer Vergnügen. Dein Bruder sitzt in seinen stillen vier Pfählen, die alte Mutter sitzt in ihrem Stübchen, die Frau Bürgermeisterin ärgert sich vielleicht, daß sie nicht überall mitgenommen wird, aber sie sitzt auch zu Haus, oder läuft zu Georg, oder der alten Frau dort oben, oder zu Verwandten und Bekannten und sorgt, daß die Leute sie bedauern, weil sie ihre einzige Tochter kaum zu sehen bekommt. Und die rechtschaffenen Leute empören sich über solch leichtsinniges Leben in Saus und Braus, mit dem es ein schlimmes Ende nehmen muß.

Erbärmliches Geschwätz, murmelte Eduard, indem er sich die Stirn rieb. Ich weiß, was ich tun kann.

Aber die junge Frau selbst hat keinen großen Gefallen daran, fuhr Onkel Tobias fort. Es ist ein häuslich Wesen, das seine Freude daran hat, daß die Leute sagen, es sieht nobel bei ihr aus wie bei einer Fürstin, alles ist im Ueberfluß vorhanden, aber die Besen und Bürsten sind ihr weit lieber als Gäste und Feste, und das Hausregiment macht ihr mehr Vergnügen als alle Lust und Eitelkeit, die draußen zu finden ist. Darum loben die frommen Leute sie auch und seufzen, daß der eigene Sohn und Bruder nicht besser geraten ist.

Sie beurteilen mich falsch! rief Eduard in stolzem Ton. Es ist wahr, ich habe Anna viele Zerstreuungen verschafft, mehr als nötig war, weil ich ihr meine Liebe, oder wie man es sonst nennen will, meine Aufmerksamkeit beweisen wollte. Wenn es aber so steht, fügte er langsam hinzu, wollen wir es aufgeben. Die Flitterwochen sind ja überhaupt vorbei, und was die Liebe anbelangt — so fürchte ich, Onkel Tobias, daß ich — mich getäuscht habe. Er strich mit der Hand über seine Augen, als wollte er etwas fortwischen, und erzählte dann dem alten Mann in ruhiger Weise, was er mit seiner Frau und deren Mutter eben verhandelt hatte.

Das ist nicht sehr schön! es ist sogar sehr unangenehm! rief Onkel Tobias, aber das geht von der Frau Bürgermeisterin aus, und wer weiß, wer noch dabei mitgeholfen hat. Der selige Bürgermeister war ein Löwe, wenn er vor Rat und Bürgerschaft stand, es durfte keiner mucken; zu Hause dagegen war er ein Lamm, das alle Tage geschoren wurde.

Sie sollen nicht denken, es mit mir auch so zu machen, fiel Eduard in gereiztem Ton ein. Ich habe von dieser Frau, die nun meine Schwiegermutter ist, mancherlei erzählen hören, möchte aber um keinen Preis, daß ich ähnliche Erfahrungen machte, wie der Herr Bürgermeister.

Sie ist ja fromm geworden, winkte Onkel Tobias beruhigend, ist mit deinem Bruder überall dabei, wenn fromme Werke geschehen sollen, und deine Mutter auch, — was dein Bruder lobt, lobt deine Mutter auch. Was geschehen ist, ist geschehen, mein Junge, aber ein kluger Mann nimmt die Menschen und die Verhältnisse wie sie sind. Was nicht zu ändern ist, nützt er so gut er kann. Es ist recht, wie du es gemacht hast. Laß deiner Frau ihr Geld; will sie es behalten, so ist es gut. Denke nicht weiter daran.

Das ist leichter gesagt, wie getan, Onkel. Vergessen kann ich es nicht.

Bah! lachte Onkel Tobias, du wirst doch nicht zanken wollen? Wirst doch nicht tun, als sei dir daran gelegen? Was ist denn dabei? Und im Grunde hat sie doch so unrecht nicht. Laß sie die Zinsen beziehen, so ist es ein Nadelgeld für ihren eigenen Bedarf. Willst du dich verschreien lassen? Sollen sie umherlaufen und klagen: weil wir's Geld nicht herausgeben, ist der Friede gestört? soll die Frau Bürgermeisterin mit Klatschgeschichten umherziehen?

Der werde ich nächstens meine Meinung sagen.

Das wirst du nicht tun, mein Junge, dazu wirst du zu klug sein, philosophierte Onkel Tobias, denn es könnte nur schädlich werden. Wär's eine gutherzige Frau, wär's eine andere Sache; aber — er legte den Mund an seines Neffen Ohr — es ist eine falsche Katze! Also, siehst du wohl, weils so ist, muß sie geschmeichelt und gestreichelt werden. Lobe ihr buntes Fell, so wird sie vergnügt schnurren und spinnen.

(Fortsetzung folgt.)

schusses an Hindenburg gesandt haben, nicht unterzeichnet habe, ist so gedeutet worden, als ob ich die Leistungen Hindenburgs und der Armee nicht anerkenne. Nichts ist falscher. Zur Begründung der Nichtunterzeichnung könnte ich auf den schwülstigen Ton verweisen, ferner auf den Zeitpunkt der Absendung, nach dem Briefe des Feldmarschalls zu den Streiks und bei dem Besuche des Großveziers, dem man wohl wieder einmal die unverbrüchliche Eigenart des ganzen Volkes zeigen wollte. Aber der Grund der Nichtunterzeichnung für mich war ein anderer. Nicht für des Volkes Heil und des Vaterlandes Wohl kämpfen unserer Truppen draußen. Des Volkes Heil und des Vaterlandes Wohl gebieten jetzt nicht Kampf und blutige Wunden, sondern den Frieden. Die Truppen kämpfen nicht für des Volkes Heil, sondern sie sind Opfer einer Politik, die ihre Irrtümer nicht sieht und kennen will, einer Politik, die nicht die Folgerungen ziehen will aus dem, was ist, nämlich die Folgerung: Frieden und Demokratisierung des Heereswesens. Den Dank für den Heldenmut unserer Truppen empfinden wir genau so tief wie Sie. Wir danken aber nicht mit Worten und Telegrammen, auch nicht durch so unverständliche Gesetze wie das Hilfsdienstgesetz, sondern indem wir Schädigungen von den Truppen abzuwenden suchen. (Bravo! b. d. Soz. Arb.) — Die Beköstigung ist seit Beginn der Krieges ein Gegenstand der Klage. Die Fehler bei der Verteilung würden sich sehr herabmindern, wenn die gleichmäßige Küche für Offiziere und Mannschaften eingeführt würde. — Die Löhnungserhöhung muß in allernächster Zeit durchgeführt werden. In der Putzgeldfrage ziehe ich dem Wohlwollen den Rechtsanspruch vor. Zum mindesten müßte den Mannschaften freie Verfügung über ihre Löhne gelassen werden. Es geht z. B. nicht an, daß sie zur Zeichnung von Kriegsanleihe gezwungen werden oder, daß gar der Sparzwang auf sie ausgedehnt wird. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) — Eine Verbesserung des Beschwerderechts ist uns in Aussicht gestellt. Sehr wichtig ist aber auch, daß man das Aufsuchen besonders gefahrvoller Dienstverrichtungen für Leute, die sich beschwert haben, in Zukunft verbietet. (Sehr gut! b. d. Soz. Arb.) — Viele Klagen erklären sich aus dem Klassencharakter des Heeres. Es ist eine große Unwahrheit, daß wir ein Volk in Waffen, ein Volksheer sind. Nein, wir haben verschiedene Volksklassen in Waffen und haben ein Klassenheer ebenso wie im Frieden. Das Wesen dieses Klassenheeres ist es, das Volk zum willenlosen Werkzeug der herrschenden Militärkaste zu machen. Die russische Revolution wußte genau, was sie tat, als sie z. B. die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften anordnete. Sie hat sich dabei übrigens nur altes preußisches Recht angeeignet. Bei der Begründung der Landwehr und des Landsturms 1813 war diese Offizierswahl bis zum Hauptmann auch vorhanden. Es war eine bedauerliche Rückentwickelung, daß man sie später wieder abschaffte. In der Marneschlacht ist zusammengebrochen die politische Angriffspolitik, die Meinung, daß das Volk anders als zur Verteidigung bewaffnet werden kann. Die allgemeine Wehrpflicht ist ihrer Natur nach defensiv. Der demokratische Ursprung des Gesetzes der allgemeinen Wehrpflicht ist verloren gegangen, das ist die Geschichte des liberalen Jammers. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Wir vertreten den demokratischen defensiven Charakter der allgemeinen Wehrpflicht gegenüber seiner Verfälschung. Dahin zielt auch unser Antrag, den man lächerlich zu machen sucht durch die Behauptung, wir wollten den alten Kriegsrat wieder einführen. Wir wollen nicht die Heerführung überwachen, sondern die Kriegführung. Dazu gehört z. B. die Mannschaftsbehandlung, aber auch der allgemeine Kriegsplan, ferner die Entscheidung, ob mit einem weiteren Lande Krieg zu beginnen sei, wie jetzt mit Amerika. Auch die Methoden der Kriegführung sollten der Beratung dieses Ausschusses unterliegen, also die Frage des U-Boot-Krieges, die Frage, ob London als befestigte Stadt zu betrachten sei, die mit Zeppelinbomben belegt werden darf. Auch die Kriegsziele müssen der Beschlußfassung dieses Ausschusses unterliegen. Der Krieg darf eben nicht Selbstzweck sein, sondern nur ein Mittel im politischen Verkehr der Völker. Das haben auch Clausewitz und Bismarck ausgesprochen. Für die Richtigkeit unseres Antrages lassen sich aus diesem Kriege wichtige Beispiele anführen. Ich erinnere an den Kampf um die Zivilisierung des Krieges in Frankreich. Und auch in England ist das Bestreben, den Nur-Militärs nicht die Entscheidung in die Hand zu geben, äußerst stark. Kein militärische Fragen behandelt man dort in voller Oeffentlichkeit. Bei uns verlangt man, wir sollten all solche Sachen den Militärs überlassen. Dazu haben wir keine besondere Lust, da wir der Ansicht sind, daß die Militärs den Krieg mitverschuldet haben. Hat die Publizität der Kriegführung England und Frankreich etwas geschadet? Und ist unser System wirklich das Ideal von Kriegführung im politischen Sinne? Die politischen Schwierigkeiten unserer Zensur sind bis weit in die rechte Seite hinein erkannt worden. Ein solcher Ausschuß hätte derartige politische Maßregeln und ihre Folgen verhütet. Die furchtbare Verwüstung des Rückzugs-Gebietes unserer Wehrmacht findet ein Gegenstück in unseren Verhältnissen im Innern. Die Kriegserklärung hat unseren geistigen Kommißzug zu einer Wüste gemacht, daher konnte das Volk über die wichtigsten Kriegsereignisse im Dunkeln gelassen werden. Entscheidende Bedeutung hat der U-Boot-Krieg, alles andere war Episode. (Zuruf: Tannenberg!) Auch die Schlacht von Tannenberg war nur eine glänzende Episode. (Lachen.) Die Proklamierung des selbständigen Polens zeigt auch die Unwahrhaftigkeit unserer öffentlichen Zustände. Die Maßnahme war getroffen aus rein deutschen, militärischen Gesichtspunkten, man tat aber so, als ob sie im Interesse der Polen erfolgt sei. Auch hierbei hat der Reichskanzler keine Verantwortung auf andere geschoben. Der von uns beantragte Ausschuß würde auch das Verantwortlichkeitsgefühl des Reichskanzlers stärken. Der Reichskanzler war gegen die Kriegserklärung, gegen den Belagerungszustand usw. aber er macht doch alles mit. Wenn er Dinge mitmacht, die eigentlich seiner politischen Ueberzeugung nicht entsprechen, so muß er mit allen Mitteln sich zu halten suchen. Z. B. bedient er sich der Popularität der Obersten Heeresleitung, um sich zu stützen. Dies Beispiel hat auch gleich auf Generalleutnant Groener gewirkt, in einem Augenblick, wo er politischen Einfluß auf große Massen ausüben wollte. Ich glaube kaum, daß Hindenburg selbst dieser Götzendienst, der mit ihm getrieben wird, angenehm ist. Im Übrigen ist es ein aussichtsloses Bemühen, auf den Willen erwachsener Menschen mit solchen Mitteln wirken zu wollen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Den General Winter kann man überwinden, das hat dieser Feldzug gezeigt, den Marschall Hunger aber überwindet man nicht, am wenigsten durch die Methode Groener. Diese Methode muß im Auslande den Anschein erwecken, als ob bei uns eine Militärdiktatur herrsche, die sogar mit Zuchthausstrafen die Arbeit jeder Mutter erzwingen will. (Zuruf rechts: Und in England?) Wenn ein solcher Aufruf in England erlassen, so würden Sie lachen. England steht vor dem Zusammenbruch. Ich habe das schon in allen Zeitungen vom „Vorwärts" bis zur „Kreuzzeitung". Herr v. Kühlmann hat den Groenerschen Aufruf im Interesse Deutschlands verhindern müssen. Aber was man vom Oberkommando in den Marken erwarten kann, zeigen seine Anfänge mit der Ankündigung einer Belohnung von 5000 Mk. Sie sind ja auch verdächtig einem Herrn, der bis zum Kriege Polizeipräsident in Berlin war. In dem Oberkommando in den Marken wird daher auch mit den Methoden der 7. Abteilung der politischen Polizei gearbeitet. (Sehr richtig! b. d. Soz. Arb.) In diesem oben Polizeigeiste sind diese Aufrufe gehalten. Es ist ein niedriges Treiben, das sich in diesem Aufruf an die Denunzianten dokumentiert. In England verhandelt man in solchen Fällen in großen öffentlichen Versammlungen mit den Ministersesseln. Hier droht man Landesverratsprozesse, Zuchthausstrafen usw. Hier — das beweist besonders den Mangel an Reklame — verhaftet man die Leute, die sich auf Einladung des Herrn Wahnschaffe in die Reichskanzlei zu einer Besprechung begeben hatten. Hier stellt man z. Teil die Arbeiter durch unter Militärbefehl. Der Befehl, der Appell an die Gewerkschaften gilt bei uns als einziges Ueberzeugungsmittel. Ein Zusammenhalten, ein Eingreifen eines Friedens in diesem Sinne unmöglich. Das ist noch immer des Preußen Friedrich I., der sich, Unwahrheit mit dem Stock zeigen wollte, ihn zu lieben. Die Volksbeauftragten vor der Front, die gegen das Streiken gerichtet sind, sind in den Kriegsamt versetzt; sie reden die Bevollmächtigten in einer Weise gegen einander an, daß eigentlich der Streik eingestellt werden müßte. Ein Ferdinand von Hebsberg schrieb an ein Budget die Randbemerkung: Das Defizit soll abgeschafft werden. Marie Antoinette sagte: Warum essen die Armen nicht Kuchen, wenn sie kein Brot haben. General Groener sagt: Wer wagt zu streiken, wenn Hindenburg befiehlt. Er glaubt, seine Worte werden den deutschen Sieg einläuten. Ich fürchte, sie werden einen tiefen Schatten auf den geschichtlichen Namen Groener werfen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Arb.) Man hat den Beschluß meiner Freunde zum 1. Mai angegriffen. Dieser Beschluß besagte nur, was in ihm stand. Zum Streiken haben wir nicht aufgefordert und nicht auffordern wollen. Hätten wir es gewollt, so hätten wir es auch klar ausgesprochen. Der Streik ist ganz spontan aus der Stimmung der Arbeiter heraus entstanden. Wir mußten vor dem Ausbruch des Streiks nicht mehr davon als irgend einer von Ihnen. Wenn aber streikende Arbeiter nach Beginn eines Streiks sich an uns wenden, so vertreten wir ihre Sache. (Bravo! b. d. Soz. Arb.) Zu dem Hungergefühl des Magens der Arbeiter kommt der Hunger nach politischer Gleichberechtigung. Die Arbeiter wissen, daß eine Besserung in der Ernährung garnicht eintreten kann, bevor der Friede kommt. Daher verlangen sie, daß der Reichskanzler die Kriegsziele ausspricht, die allein den Frieden herbeiführen können. Selbst die Internationale Korrespondenz verlangt jetzt, daß die deutsche Regierung die Formel der russischen Regierung annimmt. Die Haltung der Regierung hat die weitesten Arbeiterkreise überzeugt, daß die Regierungen den Völkern nicht den Frieden bringen können. Daher richten sie ihre Hoffnung in allen Ländern auf die Sozialdemokratie. Die Pflege der internationalen Solidarität ist gerade in dieser Zeit dringendstes Gebot. Diesem Gedanken haben wir in unserem Aufrufe Ausdruck gegeben. Das war unsere Pflicht. Wir reichen den gemarterten Völkern jenseits unserer Grenzen die Hand und rufen ihnen zu: Stimmt mit uns ein in den Ruf: Krieg dem Kriege! Friede den Menschen! Proletarier aller Länder vereinigt euch! (Lebhafter Beifall b. d. Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Vorredner hat sich wohl nicht die Frage vorgelegt, was das Ausland zu seiner Rede sagen wird. Jedenfalls wird das nicht ihm zur Ehre und dem deutschen Vaterlande nicht zum Vorteil gereichen. Was muß das Ausland für ein Bild von den Verhältnissen bei uns gewinnen, wenn der Abg. Dr. Cohn hier Geschichten erzählt, wie die, daß Herr Wahnschaffe eine Anzahl Arbeiter eingeladen habe und diese Arbeiter nachher habe verhaften lassen. Ich nehme an, daß er weiß, wie die Dinge liegen. Erstens hat Herr Wahnschaffe überhaupt keinen Arbeiter zur Reichskanzlei eingeladen. Es ist nur richtig, daß er in den aufgeregten Tagen des Streiks von einer Deputation besucht worden ist. Zweitens, es ist möglich, daß von diesen Arbeitern einige verhaftet worden sind, ich weiß es nicht, jedenfalls weiß ich, daß sie nicht auf Veranlassung des Herrn Wahnschaffe verhaftet worden sind, und daß auch Herr Wahnschaffe nicht weiß, ob jemand und wer von den Leuten verhaftet worden ist. (Zuruf bei der Soz. Arb.: Alle!) Gut, dann nehme ich an, daß es sich hier um die Rädelsführer bei dem Streik gehandelt hat und zwar nicht in den ersten Tagen, sondern als der Streik fortgesetzt wurde, und dann sind die Leute von Gottes und Rechts wegen verhaftet worden. (Bravo! rechts. Große Unruhe bei der Soz. Arb. Zuruf des Abg. Leutert [Soz. Arb.]: Lassen Sie unsern Herrgott aus dem Spiel!) Wir haben bei diesem Streik ein Maß von Ruhe und Geduld gezeigt, das wir nicht zu bereuen haben. Es ist doch schließlich gelungen, in kürzester Frist Leute, die mißleitet und in falscher Erregung ihre Arbeit verlassen haben, zur Arbeit wieder zurückzuführen, ohne daß ein Schutzmann sich hätte überhaupt sehen lassen brauchen. Wenn hinterher Leute am Werke waren, die verhindern wollten, daß die Arbeiter wieder zur Arbeit für unsere Truppen zurückgingen, und wenn diese Leute hochgenommen wurden, wie das Oberkommando es veranlaßt hat, so hat es damit nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan. (Sehr gut! rechts.) Mit seiner Räubergeschichte von Herrn Wahnschaffe hat der Abg. Cohn dem Vaterlande sicher nicht genützt. Herr Cohn behauptete, die Truppen kämpfen nicht für das Vaterland, sondern sind Opfer der Politik der Regierung. In dem Zusammenhang heißt das, die Regierung ist schuld an dem Kriege. (Abg. Cohn: Mindestens mit schuld!) Sie bestätigen das und halten es für vaterländisch und patriotisch (Abg. Cohn: Ja!), das in einem Augenblick zu sagen, wo unsere Soldaten draußen an der Westfront den Anstürmen der Feinde trotzen. Außerhalb dieses Hauses würde ich dafür nur einen Ausdruck finden, den ich mir hier nicht gestatten darf. Für seine Behauptung hat Herr Cohn auch nicht den Schatten eines Beweises beigebracht, er hat sogar in seinen Angriffen auf den Reichskanzler das Gegenteil davon gesagt, als er meinte, der Reichskanzler sei ein Schwächling, der sich von der Heeresleitung ihren Willen diktieren lasse. Er sagte dabei, der Kanzler habe den Krieg nicht gewollt. Das war das einzig zutreffende Wort, was ich in seiner ganzen Rede gehört habe. Daß es zum Kriege gekommen ist, war nicht die Schuld unserer Obersten Heeresleitung, sondern die der Gegner. Wir haben bis zum letzten Augenblick unser Äußerstes getan, den Krieg zu vermeiden und sind dabei bis zur äußersten Grenze dessen gegangen, was mit der Verteidigung des Vaterlandes noch verträglich war. Für die Anwendung des Kriegsmittels des verschärften U-Boot-Krieges hat der Reichskanzler von Anfang an die Verantwortung übernommen. Er war so lange nicht dafür zu haben, so lange er nicht die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß dies Mittel uns einem siegreichen Frieden näher bringen wird. Als er diese Ueberzeugung gewonnen hatte, hat er seinen Widerstand aufgegeben. Wenn alle diese Dinge im Ausland unserer Sache und unseren Truppen schaden müssen, so steht es auch mit dem nicht besser, was Herr Cohn über die Streiks angeführt hat. Unsere Arbeiter draußen sind vernünftig. Ließen sie sich durch die Ausführungen des Abg. Cohn beeinflussen, so wäre das sehr bedauerlich. Seine Ausführungen über das Recht zum Streiken können nicht anders als aufreizend wirken. Er sagt, die Arbeiter sind allein berufen, zu entscheiden ob sie streiken wollen oder nicht. Nein, heute hat kein Mensch das Recht über das eigene Schicksal, die Arbeiter so wenig wie ich. Jeder steht heute im Dienste des Vaterlandes. Herr Cohn sagte, wenn die Arbeiter sich in dieser Lage an ihn und seine Freunde wenden, so unterstützen sie sie selbstverständlich. Damit verletzen sie aber ihre vaterländische Schuldigkeit. In solcher Lage ist es Ihre Pflicht, die Leute zu beruhigen und das haben Sie nicht getan. (Widerspruch bei der Soz. Arb.) Jedenfalls hat Herr Cohn das Recht in Anspruch genommen, die Arbeiter, die auf solche Weise den Truppen in den Rücken fallen, zu unterstützen. (Zuruf bei der Soz. Arb.: Phantasie!) Ich würde mich freuen, wenn es Phantasien wären, leider war es traurige Wirklichkeit. Schließlich hat Herr Cohn auch die Ernährungsfrage aufgeworfen. Die Schwierigkeiten infolge des englischen Hungerkrieges lasten schwer auf uns und auf allen Völkern. Dieser Hungerkrieg ist ein so ungeheuerliches Verbrechen, wie es die Welt noch nicht gesehen hat und ich hoffe, daß sein Urheber darunter sehr bald noch viel schwerer leiden wird als unser Volk. Herr Cohn hat versucht, diese Not für seine politischen Zwecke auszunutzen. Er hat wieder mit dem Gedanken operiert, der Streik kann Friede und Brot bringen. Nein, der Friede, der mit solchen Reden herbeigeführt würde, bringt dem Volke kein Brot. (Lebhafte Zustimmung.) Der Friede, der das Brot bringen soll, ist der, den wir erst noch erkämpfen müssen, den können wir heute nicht haben. Sehen Sie doch die Hunderttausende von Engländern und Franzosen, die täglich im Westen gegen uns anstürmen. Können wir heute mit denen Frieden schließen? Der Friede ist eine Frage des Siegeswillens, der bei den andern noch nicht gebrochen ist. Der Friede, den wir heute von den anderen bekommen können, bedeutet nicht Brot, sondern Hunger (Lebh. Zustimmung. Widerspruch bei der Soz. Arb.), er bedeutet nicht Freiheit, sondern Knechtschaft. Zu wiederholten Malen ist das von den Feinden ausgesprochen worden. Lesen Sie doch die Bekundungen der feindlichen Staatsmänner. Sehen Sie da etwas von einem anderen Frieden, als einem solchen, der unser Volk in Sklaverei und Knechtschaft zwingen soll? Ich habe schon in der Kommission einen Artikel zitiert, der mit den Worten schließt: „Und zu Sklaven müssen wir diese Rasse von Sklaven machen." Ein solcher Friede könnte gefördert werden durch Reden wie die des Herrn Cohn. Aber das ist ein Friede, wie ihn das deutsche Volk nicht will und nicht ertragen kann. (Lebh. Beifall.)

Präsident Dr. Kaempf: Der Abg. Cohn hat durch einen Zwischenruf die Regierung mindestens der Mitschuld am Ausbruch des Krieges geziehen. Ich rufe ihn dafür zur Ordnung.

Generalleutnant Groener: Ich will Herrn Cohn nur daran erinnern, was in England in Streikfällen geschieht. Wenn solche Maßnahmen auch bei uns getroffen würden, würde es meines Aufrufs nicht bedürfen. Mein Urteil über das Telegramm der Leipziger Streikenden bezog sich nicht auf die Leipziger Vorgänge, sondern darauf, daß die Leute es gewagt haben, das Telegramm an den Reichskanzler zu senden. (Abg. Ledebour [Soz. Arb.]: Telegramme an den Reichskanzler sind strafbar!) Dieses Telegramm. (Abg. Ledebour: Weshalb denn?) Die Worte des Abg. Cohn stimmten etwa überein mit einem etwas drastischen Urteil eines seiner Freunde in der Kommission über mich. Ich nehme diesen drastischen Vergleich auf. Es sind im Lande draußen Porzellanläden mit Porzellantöpfen und in denen sollen Teufelssuppen gekocht werden für unsere deutschen Arbeiter, und diese Töpfe, deren Firmen Herr Cohn und seine Freunde nahe stehen, müssen zerschlagen werden. Und die Flugblätter, die überall im Lande in den Fabriken herumfliegen, fliegen an Ihre Rockschöße und bleiben dort kleben.

Kriegsminister v. Stein: Der Abg. Cohn hat auf Clausewitz zurückgegriffen. Ich möchte ihn bitten, auch ein anderes Kapitel des Generals von Clausewitz zu lesen, worin es heißt, daß zur Durchführung des Krieges ein festes Vertrauen gehört und zweitens ein einzelner fester Kopf, unbehindert durch fremde Einflüsse, ein fester Wille, der sich durch nichts beeinflussen lassen darf, bis er zu seinem Ziele gekommen ist. So haben es unsere Führer früher gemacht, von Friedrich dem Großen an und mit Gottes Hilfe wird es so weiter gehen. (Lebh. Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Abg. Cohn (Soz. Arb., persönliche Bemerkung): Der zuletzt zitierte Ausspruch von Clausewitz scheint mir im Widerspruch zu der von mir zitierten Stelle zu stehen. Generalleutnant Groener beschuldigt mich der Mitwisserschaft gewisser Aufrufe und Flugblätter. Ich wäre ihm dankbar, wenn er mir Kenntnis von den Flugblättern verschaffte, die er im Sinne hat und von deren Existenz ich jetzt zum ersten Male etwas gehört habe. (Zuruf: Das Kind!) Dem Staatssekretär Helfferich erwidere ich, daß die Frage der Schuld an dem Kriege nach dem Frieden zu erörtern sein wird, und ich werde dafür sorgen, daß bei der richtigen Verteilung auch er nicht leer ausgeht. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.)

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Zur Erörterung steht die Obst- und Gemüseversorgung. Vom Abg. Heck (natl.) wurden erhebliche Bedenken geltend gemacht, daß Höchstpreise für Frühgemüse festgesetzt werden. Er fürchtet, daß dadurch die Versorgung nur behindert wird. Demgegenüber hält Abg. Genosse Schmidt (Berlin) die Preisfestsetzung für dringend nötig, da wir sonst bei der starken Nachfrage für Frühgemüse zu unerhörten Preistreibereien kommen würden. Es muß die Reichsgemüsestelle auch auf die Handelsorganisation in der Gemeinde einwirken. Die Auktionen müssen beseitigt werden, da sie nur preiserhöhend wirken. Einige Gemeinden haben den Vertrieb des Gemüses mit sehr hohen Handelsspesen belegt. In Leipzig ist Frühgemüse, das franko Leipzig pro Wagen 10 429 Mk. kostete, bis zum Kleinhandel auf 17 900 Mk. verteuert worden. In Berlin ist es nicht weniger schlimm. Hier wurde der Aufschlag für eine Ware, die mit 10 000 Mk. franko Berlin in Anlag kommt, bis zum Kleinhandel auf 15 530 Mk. gesteigert. Diese Aufschläge werden hervorgerufen, weil die Waren mehrere Handelszwischenstufen durchlaufen müssen. Leider ist der Berliner Magistrat nicht geneigt, diese Erschwernisse und üblen Einrichtungen, die zur Erhöhung der Preise beitragen, zu beseitigen. — Der Leiter der Reichsgemüsestelle, v. Tilly, weist darauf hin, daß Richtpreise für Gemüse festgesetzt sind und auch für Frühgemüse aufrecht erhalten werden. Für die nächsten 14 Tage darf von den einzelnen Preiskommissionen im Bezirk der Richtpreis bis zu 50 Proz. erhöht werden. In den folgenden Wochen werden die Preise dann langsam gesenkt. Die schlechte Qualität des Dörrgemüses, über die geklagt wird, ist darauf zurückzuführen, daß leider einige Betriebe, die sich mit dem Dörren beschäftigt haben, weder Erfahrung noch die nötigen Einrichtungen dafür hatten. Eine Kontrolle der Reichsstelle soll künftig aufrechterhalten und die Produktion auf den Umfang beschränkt werden, der eine Sicherheit für gute Ausführung bietet. Mit dem Kriegsmus liegt es ähnlich. Auch hier haben sich Leute in die Fabrikation eingedrängt, die nicht fähig waren, ein gutes Produkt zu liefern. Das Ziel ist, im nächsten Jahre pro Kopf und Monat zwei Pfund Marmelade zu verteilen. Spargel sind im Vorjahre 280 000 Zentner konserviert. In diesem Jahr ist das zulässige Quantum, das für diesen Zweck zur Verfügung steht, auf 40 000 Zentner herabgesetzt. Das geschieht zu dem Zweck, den Verkauf von frischem Spargel zu erzwingen.

Der Ausschuß geht dann zur Besprechung der Zuckerversorgung über. Auf Anfrage des Gen. Schmidt-Berlin wird mitgeteilt, daß an die Kommunalverbände gegenwärtig 900 000 Zentner Zucker für Marmelade zur Verteilung gekommen sind. Den Kommunen ist empfohlen, die Verteilung an die Bevölkerung so vorzunehmen, daß an diejenigen, die keinen Zucker erhalten, künftig mehr Marmelade oder Kunsthonig verabfolgt wird.

Bei der Eierversorgung wird kritisiert, daß die Provisionsgebühr für das Sammeln der Eier sowie die Zuschläge der Kommunalverwaltungen viel zu hoch sind. Es kommen Aufschläge von 8—10 Pfg. pro Ei in Frage. Demgegenüber verteidigt der Leiter des Kriegsernährungsamtes die festgesetzten Spesen, die er für angemessen hält. Von anderer Seite wird auf die Uebergandnahme des Schleichhandels hingewiesen. Die Aufkäufe erfolgen so umfangreich, daß die Ablieferung der für die Allgemeinheit zur Verwendung kommenden Eier viel zu gering sei. — Von Dr. Mazinger wird demgegenüber behauptet, daß in einigen bayerischen Bezirken ein Ueberfluß vorhanden sei. — Die weitere Besprechung bringt noch eine Reihe von Mängeln und Unzulänglichkeiten in der Organisation der Eierversorgung sowie zahlreiche Wünsche der Geflügelzüchter auf Herbeischaffung von Futter zur Erörterung.

Aus Nah und Fern.

Vom „trocknen" Amerika. Diejenigen Staaten der nordamerikanischen Union, in denen der Alkoholausschank verboten ist, nennt der Amerikaner bekanntlich trocken, die Staaten, in denen der Alkoholausschank erlaubt ist, naß. Wie die amerikanische „Brauerei-Arbeiter-Zeitung" erzählt, soll nun in den Vereinigten Staaten allsonntaglich eine wahre Völkerwanderung von den trockenen in die nassen Staaten stattfinden, sodaß z.B. die Louisville-Nashville-Eisenbahn sich gezwungen sah, für die Rückfahrt immer Extrazüge mit besonderen Wagen für Betrunkene laufen zu lassen, in denen die Bürger von Mississippi und Alabama heimbefördert wurden, die sich im nassen Staat Louisiana gütlich getan hatten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten"

bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.